

Wortprotokoll

Sitzung 30. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2015/2019
20. Legislaturperiode

Datum Donnerstag, 4. Oktober 2018, 19:00 Uhr

ort im Rathaussaal

Anwesend

35 Mitglieder des Gemeinderats
5 Mitglieder des Stadtrats

Abwesend

GR Elina Müller, GR Rink, GR Jäggi, GR Donati, GR Wipf

Absolutes Mehr

18

Später eingetroffen

–

Vorzeitig weggegangen

–

Vorsitz

GR Raschle

Protokoll

STS Michael Stahl, Tatiana Abate

Traktanden

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 5. Juli 2018

Einbürgerungen gemäss Beilage

2. Kryeziu, Hasan / Kryeziu, Romina / Kryeziu, Amina / Kryeziu, Rufina

Botschaften

3. Budget 2019 der Stadt Kreuzlingen

Verschiedenes

4. Verschiedenes

Der Ratspräsident: Mit überbordender Vielfalt, Farben und Früchten beglückt uns der Herbst. Geniessen Sie die Früchte und freuen Sie sich an den herrlichen Farben. Achten und schätzen Sie die Natur, die uns so viel gibt. Die Natur, die uns so viel gibt, darf von uns einen respektvollen und massvollen Umgang erwarten. Ebenso wollen wir unsere Bedürfnisse bei der heutigen Budgetberatung massvoll halten. Der Becher des Pythagoras wird uns daran erinnern. Sehr geehrte Gemeinderätinnen, sehr geehrte Gemeinderäte, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Gäste, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 5. Juli 2018

Abstimmung: Das Protokoll der Sitzung vom 5. Juli 2018 wird **genehmigt**.

Einbürgerungen gemäss Beilage

Das Gesuch wird von der EBK zur Ablehnung empfohlen.

2. Kryeziu, Hasan / Kryeziu, Romina / Kryeziu, Amina / Kryeziu, Rufina

Diskussion am Ende der Gemeinderatssitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Entscheid: Das Einbürgerungsgesuch von Kryeziu, Hasan / Kryeziu, Romina / Kryeziu, Amina / Kryeziu, Rufina **wird zurückgewiesen**.

Botschaften

3. Budget 2019 der Stadt Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch.

GR Dufner: Gerne berichte ich aus der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, welche über das Budget beraten hat. Wir haben uns am 13. September getroffen und zuerst einmal in die Zukunft geschaut und den Finanzplan angeschaut, am 20. September haben wir das Budget beraten. Wir haben uns insofern über das Budget gefreut, da es ein ausgeglichenes Budget ist bzw. sogar einen kleinen Ertragsüberschuss von rund CHF 600'000 aufweist. Wir haben gesehen, dass für 2019 Investitionen im Umfang von CHF 8.8 Mio. geplant sind. Der Mitteleinsatz allein im Verwaltungsvermögen wird CHF 38 Mio. betragen. Wir haben auch die im Budget aufgelisteten Mehraufwendungen zur Kenntnis genommen. Die beiden grössten Posten sind die öffentliche Beleuchtung mit CHF 830'000 und beim Personal die Besoldungen mit CHF 440'000 im Vergleich zum Budget 2018. Im Finanz- und Verwaltungsvermögen sind für 2019 insgesamt Investitionen von CHF 41 Mio. geplant. Damit verbunden ist ein entsprechender Abbau des Nettovermögens im Umfang von rund CHF 35 Mio., sodass wir am Ende des Jahres noch ein Restvermögen von CHF 5 Mio. haben werden. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 16.5 % und ist somit tief, was dazu führt, dass wir in dieser Zeit Fremdkapital in Höhe von rund CHF 30 Mio. aufnehmen werden. Vor diesem Hintergrund beantragt der Stadtrat, den Steuerfuss auf 66 % zu belassen. Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission hat sich sehr detailliert mit dem Budget auseinandergesetzt. Wir haben es so genau angeschaut, dass wir einerseits zwei Tippfehler und andererseits einen Budgetfehler konstatiert haben. Der Tippfehler bezieht sich allerdings nur auf die Jahreszahl, Sie sehen es auf der letzten Seite des Grundprodukts, wo es um den Selbstfinanzierungsgrad und Zinsbelastungsanteil geht. Dort steht 2018, es muss natürlich 2019 heissen. Auf Seite 36 geht es um die Rückvergütung der vorläufig aufgenommenen Personen. Dort haben wir festgestellt, dass CHF -10'000 ausgewiesen sind anstatt CHF -110'000, wie man es auch im Verlauf der letzten Jahre sieht. Darauf werde ich bei der Detailberatung noch eingehen. Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission hat auch noch ein paar inhaltliche Anträge. Ich werde bei den entsprechenden Positionen darauf zu sprechen kommen und die Anträge stellen. Im Allgemeinen darf ich sagen, dass bei den Personalkosten in der FRK eine Grundsatzdiskussion entbrannte, und zwar bezüglich der Teuerung und der Mehrkosten im Vergleich zu 2018. Wir haben dort den Hinweis bekommen, dass der Kanton eine andere Praxis hat, indem der Kanton eine Schattenrechnung führt, wo er den Verlauf der letzten Jahre mit Negativteuerungen mitnimmt. Bei Positivteuerungen wird das dann verrechnet, während in Kreuzlingen eine andere Praxis besteht, indem man bei einer Negativteuerung die Löhne nicht senkt, sie bei einer Positivteuerung aber sofort nach oben anpasst. In der FRK wurden die seit Jahren nach oben tendierenden Personalkosten, die im Vergleich der Budgets 2018 und 2019 um 3 % steigen mit dem Hinweis, dass uns das ein bisschen Sorgen bereitet, intensiv diskutiert. Wir haben vom Stadtrat die Rückmeldung erhalten, dass einmal der Grundsatzbe-

schluss gefällt wurde, dass man Negativsteuerungszeiten nicht berücksichtigen wolle, weil Teuerung und Kaufkraftsicherung nicht das Gleiche ist. Der Warenkorb für den Index der Konsumentenpreise beinhaltet zum Beispiel nicht die Krankenkassenprämien, und wenn die Krankenkassenprämien steigen, entstehen entsprechende Mehrkosten, welche dann durch den Index nicht abgebildet werden. Einen weiteren Diskussionspunkt gab es bei der Investitionsrechnung. Die Investitionsrechnung zeigt mehrjährige Verpflichtungskredite für Projekte, welche nicht in einem Jahr abgeschlossen werden können. Hier wurde erwähnt, dass es kein einziges Projekt mit Sternchen drei gibt. Sternchen drei bedeutet, dass der Stadtrat eine Botschaft an den Gemeinderat ausarbeitet. Eine weitere Diskussion entstand zur Liegenschaft Schiesser. Dort ist vorgesehen, diese ins Verwaltungsvermögen zu überführen, was mit CHF 6'190'000 zu Buche schlagen würde. Im Zusammenhang mit den Abschreibungen wurde die Frage gestellt, ob es nicht besser wäre, diese Liegenschaft im Finanzvermögen zu lassen und Verrechnungen vorzunehmen, damit diese Abschreibungen nicht gemacht werden müssten. Heute befindet sich diese Liegenschaft noch im Landkreditkonto, für den Herbst 2019 ist eine entsprechende Abstimmung geplant. Man war daher der Meinung, dass dies korrekt ist, insbesondere wenn im Rahmen dieser Abstimmung nicht nur die Überführung der Liegenschaft, sondern auch das Kulturzentrumsprojekt enthalten ist, welches mit dieser Liegenschaft verbunden ist. Wenn die Vorlage gutgeheissen wird, ist es eine öffentliche Aufgabe und die Liegenschaft gehört automatisch zwingend ins Verwaltungsvermögen. Der Campingplatz Fischerhaus löste ebenfalls eine Diskussion aus. Die Sanierung wurde in mehreren Etappen gemacht. Nun hat man festgestellt, dass man jetzt eine grössere Etappe hat. Die Etappierung wurde insbesondere vorgenommen, damit man jederzeit auch Stopp hätte sagen können, wenn man das Gefühl gehabt hätte, die Finanzen oder sonst irgendwelche Gründe lassen es nicht mehr zu. Nachdem es zuerst im Projekt eine gewisse Verzögerung gab, wurden nun die Etappen 3 und 4 zusammengenommen, um das Projekt abzuschliessen. Deshalb haben wir im Budget nun einen grösseren Betrag. Auf Seite 9 im Budget findet man die Fischerhäuser für CHF 250'000. Es kam die Frage auf, was diese Fischerhäuser überhaupt sind. Hier ist ein ganz interessantes Projekt geplant, nämlich die Erstellung von Häusern auf Stelzen zum Übernachten auf dem Campingplatz, was zurzeit sehr im Trend ist. Arbon beispielsweise hat Fässer, wo man übernachten kann. Ich habe auch von einer Glaskugel in der Nähe von Frauenfeld bei der Karthäuser gelesen. Weil hier eine Nachfrage besteht, erhofft man sich natürlich auch entsprechende positive Auswirkungen für den Campingplatz und für die Stadt Kreuzlingen – diese Stelzenhäuser finde ich immerhin besser als Fässer. Ein grosses Thema war auch die Radwegführung an der Promenadenstrasse. Im Investitionsbudget ist ein Betrag von CHF 1.2 Mio. enthalten, also ein rechter Betrag. Hier kam die Frage nach einem Sternchen drei für eine Botschaft an den Gemeinderat. Es geht darum, den Radweg von oben nach unten zu verlegen, was gewisse Auswirkungen hat. Ich gehe davon aus, dass wir darüber heute Abend noch etwas hören werden. Mit Stichentscheid des Vorsitzenden kam die FRK zum Schluss, eine Botschaft zu machen und dem Gemeinderat zu sagen, was hier genau geplant ist und warum die Verlegung eines Radwegs so viel kostet. Eine Frage gab es noch zu den Unterflurcontainern, wofür im Budget rund CHF 260'000 vorgesehen sind. Es wurde

darauf hingewiesen, dass bis 2027 geplant rund 150 solche Container aufgestellt werden sollen. Die Nettokosten dafür betragen CHF 1.8 Mio. Ein weiteres Thema war das Feuerwehrmuseum. Hier wurde die Frage gestellt, ob es im Budget am richtigen Ort sei, wenn wir es aus der Spezialfinanzierung Feuerwehr bezahlen oder ob man es nicht in den Museumsbereich überführen müsste. Nachdem von der Abteilung Gesellschaft und Kultur darauf hingewiesen wurde, dass man zuerst ein Konzept machen und alles ein bisschen genauer untersuchen müsste, was man besser machen könnte, damit das Museum floriert, fingen die Warnlampen an zu leuchten, und der Antrag wurde mit 6 Nein gegen 1 Ja bei 1 Enthaltung abgeschmettert. Das Trösch war das nächste Thema. Hier war die Frage, ob die einmal gesprochenen CHF 450'000 für fünf Jahre reichen, da im Jahr 2019 CHF 80'000 abgeschrieben werden müssen. Wir wurden darüber aufgeklärt, dass dies mit der Aktivierungsgrenze zu tun hat. Alles bis CHF 100'000 muss direkt der laufenden Rechnung belastet und damit direkt abgeschrieben werden. Daraus entsteht ein Sonderereignis. Statt wie ursprünglich geplant jedes Jahr CHF 26'000 abschreiben zu können, werden 2019 CHF 80'000 abgeschrieben, dafür nachher nichts mehr. Es wurde gesagt, unter dem Strich werden die CHF 450'000 reichen, weil das Projekt besser läuft und erfolgreicher unterwegs ist als ursprünglich gedacht. Ein intensives Gesprächsthema gab es bei den Stromtankstellen, die mit CHF 69'000 im Budget enthalten sind. Heute stand in der Zeitung, die Technischen Betriebe haben die Stromtankstelle an der Bleichestrasse in Betrieb genommen, was korrekt ist. In früheren Berichten hatte man den Eindruck, die Technischen Betriebe hätten diese gebaut. Der Punkt ist, dass es der Spezialfinanzierung Parkplatzbewirtschaftung belastet wird. Daraus wird die Zapfsäule und alles Weitere bezahlt. Die Frage kam auf, ob so eine Stromtankstelle tatsächlich zu einer Parkplatzanlage gehört oder ob man es nicht als Marketingmassnahme der Technischen Betriebe und vielleicht noch als Luftreinhaltemassnahme der Stadt Kreuzlingen anschauen und daher auf eine andere Position verschieben müsste. Der Antrag, diese Position auf CHF 5'000 zu senken, wurde von der FRK mit 5 Ja gegen 2 Nein und 1 Enthaltung angenommen. Dazu werde ich in der Detailberatung einen Antrag stellen. Auf dem Zusatzpapier B ist im Zusammenhang mit den Beiträgen aufgefallen, dass die Arche keine regelmässigen Beiträge erhält. Da war die Antwort, dass diese Kinderhortplätze vom Kanton nicht offiziell anerkannt sind und dass wiederkehrende Beiträge bei religiösen Institutionen von der Stadt Kreuzlingen sowieso sehr zurückhaltend geprüft und gewährt werden. Dies ist der Grund dafür, warum man dort nichts leisten kann/will. Es wurde das Votum aufgeworfen, man solle nicht immer alles vom Kanton abhängig machen und immer alles machen, was der Kanton wolle und sage. Diskutiert wurde auch der Antrag der Pro Infirmis über CHF 25'000 für einen digitalen Stadtplan. Pro Infirmis will in der Stadt Kreuzlingen 400 Punkte aufnehmen und aufzeigen, welche Plätze und Gebäude für Menschen mit einer Mobilitätseinschränkung wie gut begehbar oder problematisch sind. Dies würde im GIS gezeigt und könnte von den Betroffenen konsultiert werden. Man fand, dies sei eine gute Sache. Mit diesen Änderungsanträgen, auf welche ich in der Detailberatung noch eingehen werde, hat die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission das Budget einstimmig zuhänden des Gemeinderats mit Beibehaltung eines Steuerfusses von 66 % verabschiedet.

GR Salzmann: Die FDP/EVP-Fraktion hat das Budget eingehend beraten und wir können sagen, dass es im Grossen und Ganzen stimmig ist. Die Personalkosten steigen weiter, was uns aber schlüssig erklärt werden konnte. Beim Teuerungsausgleich sind wir auch eher auf der kritischen Seite, wie der FRK-Präsident es bereits erwähnt hat. Finanztechnisch sind einige Kredite enthalten, welche erst in einigen Jahren in Anspruch genommen werden. Kreditsprechungen auf Vorrat sollten eher vermieden werden. Bei den Investitionen hatten wir kein vom Stadtrat vorgeschlagenes Projekt mit Sternchen drei, was eine Botschaft an den Gemeinderat erfordern würde. Der Stadtrat scheint also den Weg des geringsten Widerstands zu bevorzugen. Es ist auch einfacher, wenn der Gemeinderat seinen Senf nicht dazugibt, und die Investitionen einfach durch das Budget genehmigt. Zumindest ist es nicht gerade vertrauensfördernd, dass wir in der FRK diese Sternchen selber setzen müssen, denn es soll Investitionen geben, die entweder nicht unumstritten sind oder mindestens zu Fragen Anlass geben. Es wäre wünschenswert, wenn der Stadtrat sich zukünftig wieder etwas offener zeigen würde. Schade ist, dass die Kommissionsmehrheit weiterhin der Meinung ist, dass das Feuerwehrmuseum kein Museum, sondern eine unumgängliche Einrichtung der Feuerwehr ist, welche unbedingt von den Ersatzabgabepflichtigen in der Spezialfinanzierung und nicht vom Steuerzahler zu finanzieren sei. Leider bekommt auch die Arche, welche hervorragende und tolle Jugendarbeit macht, keine regulären Beiträge, weil diese Einrichtung wohl nicht ins städtische Schema passt. Sehr positiv zu erwähnen ist der Entscheid über das städtische Publikationsorgan, welches seit zwei Jahren immer wieder zu Diskussionen Anlass gab. Die neue Lösung ist erstens zwischen den beiden lokalen Zeitungen ausgewogen und kostet obendrein noch weniger, was mich als Steuerzahler natürlich sehr freut. Stadtpräsident Thomas Niederberger wirkt, und zwar sehr positiv in diesem Punkt. Ebenfalls positiv ist die Arbeit der Bodensee-Arena, welche trotz des Wegfalls des Schweizer Fernsehens plant, keine weiteren Steuergelder in Anspruch zu nehmen. Da kann ich nur sagen: weiter so. Wir bedanken uns beim Stadtrat, bei Thomas Knupp und den anderen Abteilungsleitern für die prompten und sachdienlichen Informationen und stimmen dem Budget einstimmig zu.

GR Hummel: Die SVP-Fraktion hat das Budget und den Finanzplan auch intensiv angeschaut und auseinandergenommen. Die Erkenntnisse und Informationen der FRK sind dabei eingeflossen. Hierzu möchte ich vielleicht noch einen Satz zum Ablauf der FRK-Sitzung sagen. Bei Rückfragen zu einzelnen Projekten haben wir wiederholt die Antwort bekommen, das habe man bereits in der GKS ausführlich erklärt, das habe man schon in der BU ausführlich erklärt. Das ist ein bisschen problematisch, wenn die FRK-Mitglieder vorab keine Protokolle erhalten haben oder nicht wussten, dass wir dort gewisse Sachen nachlesen müssen. Dies soll keinesfalls ein Vorwurf an die Verwaltung sein. Ruedi Wolfender war glücklicherweise mit seinen Unterlagen da und konnte uns grob sagen, um was es geht. Mit dieser Problematik müssen sich die Fraktionschefs einmal befassen, denn die Budgethoheit liegt immer noch bei der FRK. Wir fragen uns schon, in welchen Kommissionen ausführlich über Projekte informiert wird, wenn es namentlich das Budget betrifft und wenn es um hohe Beträge geht. Zu reden gaben auch die ver-

schiedenen Kredite für Planungskosten. Diskutiert wurde auch, welche Kosten bei Bauprojekten wo zugeordnet werden sollen; Stichwort E-Tankstellen. Die Fraktion wird deshalb einzelnen Anträgen der Kommission nicht folgen, sondern diese ablehnen. Näher darauf eingehen werden wir bei der materiellen Beratung. Dann wurde auch das jährlich wiederkehrende Thema Personalkosten diskutiert. Jahr für Jahr äussern unsere Fraktion und andere auch ihre Besorgnis über die immerzu steigenden Lohnkosten. Im Jahr 2019 sollen diese gegenüber Budget 2018 um 3.1 % oder gut CHF 500'000 steigen. Hiervon entfallen CHF 179'000 auf Funktionsbewertungen, CHF 150'000 auf Erhöhung Stellenetat/Doppelbesetzungen und CHF 154'000 oder 1 % für den Teuerungsausgleich. Der steigende Personalaufwand für Funktionsbewertungen ist ausserordentlich hoch. Gemäss seinerzeitiger Aussage des damaligen Stadtpräsidenten Andreas Netzle sei der Nachholbedarf, der durch die Umstellung auf nLord entstanden sei, bis 2014 erfolgt und gedeckt gewesen. Eine weitere Steigerung in diesem Ausmass ist für uns nicht logisch, da die Kosten durch altersbedingte Mutationen eigentlich eher sinken müssten. Es nützt nicht allzu viel, wenn sich der Stadtrat der Problematik der steigenden Personalkosten zwar bewusst ist, aber nichts dagegen unternimmt. Wir sind nicht mehr bereit, das einfach so hinzunehmen und werden daher bei der materiellen Beratung einen Antrag stellen. Wir haben hohe Investitionskosten vor uns, welche wir nicht mehr beeinflussen können; Die Steuereinnahmen können wir auch nicht beeinflussen. Aber doch, die Kosten können wir beeinflussen. Müssen wir erst ein saftiges Defizit einfahren, bis wir kostenbewusster werden? Wir glauben es nicht. Die Zustimmung der Fraktion zum Budget 2019 hängt von der Diskussion und vor allem davon ab, ob unser Antrag angenommen wird oder nicht.

GR Flammer: Die CVP-Fraktion hat sich auch mit dem Budget 2019 vertieft befasst. Vieles hat Thomas Dufner als Kommissionspräsident bereits gesagt, deshalb möchte ich nur noch auf ein paar wenige Sachen eingehen. Wir haben über den Ausgleich der Löhne diskutiert und sind der Auffassung, dass der Stadtrat hier vielleicht umdenken und auch die Negativsteuer berücksichtigen müsste, wenn er schon keinen Abzug macht und im Folgejahr, wenn es wieder ansteigt, allenfalls nur die Differenz nach oben ausgleicht. Bezüglich des steigenden Stellenetats, also der steigenden Stellenprozente, sind wir auch der Auffassung, dass wir in absehbarer Zeit einige grössere Projekte haben, für welche teilweise sicher mehr Leute gebraucht werden. Wir sind aber der Auffassung, dass man nur das erhöhen soll, was man auch braucht, sofern man alle Projekte durchzieht. Wenn es Verzögerungen gibt, sollte man zurückhaltend sein. Wir vertrauen darauf, wenn die Projekte beendet sind, dass man hier wieder zurückfährt. Wenn man alles verwirklicht, was geplant und angedacht ist, sehen wir im Finanzplan, dass wir bis 2040 rechnen müssen, bis wir wieder in eine tragbare Verschuldung kommen. Es ist daher unumgänglich, dass wir in Zukunft zurückhaltend mit neuen Begehrlichkeiten umgehen. Zu den verschiedenen Anträgen der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission und möglichen Erweiterungsanträgen behalten wir uns vor, unseren Entscheid nach der Diskussion zu fällen. Grundsätzlich ist die CVP-Fraktion einstimmig für die Annahme des Budgets.

GR R. Herzog: Die SP/GEW/JUSO-Fraktion hat wie alle anderen Fraktionen das Budget intensiv beraten und ist grundsätzlich erfreut über das Ergebnis. Auf den ersten Blick scheint das Ergebnis überraschend deutlich weniger gut zu sein als dasjenige des laufenden Jahres. Faktisch ist es im Prinzip auf einen wesentlichen Faktor zurückzuführen, nämlich die Frage der öffentlichen Beleuchtung in der Höhe von gut einem Steuerprozent, also rund CHF 800'000. Das wurde bis jetzt über Abgaben durch die Technischen Betriebe der Bevölkerung in Rechnung gestellt, dies wird nicht mehr so sein. Künftig wird es über die ordentliche Stadtrechnung abgerechnet. Das heisst im Endeffekt eigentlich, dass die Bevölkerung um diesen Betrag entlastet wird und sie die Abgaben an die Technischen Betriebe nicht mehr leisten muss. Wie wir es verstanden haben, wird es dazu eine Botschaft geben, weil es einem Auftrag aus der neuen Gemeindeordnung entspricht. Weiterhin stellen wir fest, dass immer noch 85 % der Steuererträge durch die natürlichen Personen erbracht werden. Dies zeigt eben auch, wie wichtig es beispielsweise ist, dass sich die allgemeine gesamtwirtschaftliche Situation zugunsten der Bevölkerung auswirkt. Das heisst, wenn es gesamtwirtschaftlich nicht mehr so positiv laufen würde, hätten wir einerseits steigende Sozialhilfekosten, andererseits aber auch sinkende Steuererträge. Um dem entgegenzuwirken, hat die Stadt in den letzten Jahren, vor allem das Departement für Soziale Dienste, einiges unternommen, was sich auch bei den rückläufigen Sozialhilfekosten zeigt. Das ist sehr erfreulich, darf uns natürlich aber nicht davor die Augen verschliessen lassen, dass dies auch wieder anders aussehen könnte, wenn sich die gesamtwirtschaftliche Situation umkehren würde. Bereits beschlossene und allenfalls noch weiter anstehende Investitionsprojekte werden den Haushalt der Stadt Kreuzlingen in den nächsten 10-20 Jahren merklich belasten, das wissen wir alle. Umgekehrt muss man sich aber auch immer wieder bewusst sein, dass für das, was die Stadt investiert, die Bevölkerung auch etwas zurückerhält. Es entsteht auch ein Mehrwert. Die beschlossenen Projekte und allfällig weitere Projekte sind eigentliche Generationenprojekte, von denen die Bevölkerung auf Jahrzehnte hinaus profitieren können wird. Anders ausgedrückt sind sie wirklich wichtig für die Stadt Kreuzlingen. Zudem dürfen wir nicht vergessen, dass städtische Investitionsvorhaben sich nicht nur insofern auswirken, dass wir danach auch etwas haben, was wir nutzen können, einen neuen Fussballplatz beispielsweise oder ein Stadthaus oder was auch immer, sondern dass grössere städtische Investitionen auch immer Arbeitsplätze sichern, damit Umsätze für das lokale Gewerbe sichern und damit in letzter Konsequenz auch wieder stützend sind für die Steuererträge der Stadt Kreuzlingen und gleichzeitig helfen, die sozialen Lasten tief zu halten. Beim Sorgenkind Restkostenfinanzierung bei den Pflegekosten zeichnet sich, wie es aussieht, eine Einigung mit dem Kanton ab, sodass dort in den nächsten Jahren wieder mit einer tieferen Belastung gerechnet werden darf, als es im Budget 2019 angezeigt werden muss. Unsere Fraktion wird dem Budget zustimmen, in der Detailberatung aber noch einen konkreten Antrag stellen.

GR Wolfender: Die FL/RB-Fraktion hat das Budget 2019 intensiv diskutiert. Unter dem Strich sieht es erfreulich aus mit den für nächsten Jahr geplanten CHF 600'000, obschon beachtliche CHF 41 Mio. in verschiedenste Projekte investiert werden sollen. Wie wir im Finanzplan noch sehen werden, ist das noch nicht

der grosse Happen, 2019 sind lediglich CHF 5 Mio. für die beiden Grossprojekte Egelsee und Stadthaus vorgesehen. Der Rest kommt dann früher beim Egelsee und ein bisschen später beim Stadthaus dann noch dazu. Wir finden das Budget 2019 der Stadt mutig. Mutig aus dem Grund, weil man obwohl grosse Investitionen noch ausstehen, wichtige Projekte wie das Schiesser und den Kunstrasen trotzdem in Angriff nimmt. Wir glauben, die Stadt und auch wir, werden in Zukunft nicht umhin kommen, Prioritäten zu setzen, was wir uns leisten wollen, können und müssen. Denn mutig ist nach all diesen unentschlossenen Jahren zwar eine Wohltat, sollte aber nicht in eine Fahrlässigkeit münden. Fahrlässig wäre zum Beispiel, nicht an eine Steuererhöhung zu denken, wenn man sie braucht, denn wir sammeln jetzt dank der Mehrheit des Gemeinderats keine Steuern mehr auf Vorrat. Die Stadt braucht die finanzielle Beweglichkeit, um auf Bedürfnisse und Entwicklungen in der Bevölkerung reagieren zu können. Man sieht das zum Beispiel in der Rechnung dieses Jahres und im Budget des nächsten Jahres bei der ambulanten Krankenpflege, wo zusätzliche Kosten auf die Gemeinde abgewälzt werden. Deshalb müssen auch wir als Gemeinderat flexibel und nachhaltig bleiben. Beim Ja und Nein sagen, aber vor allem auch bei Steuererhöhungen und –senkungen. Wir hoffen, dass alle diese Beweglichkeit auch in den nächsten Jahren an den Tag legen werden, auch wenn wir dann älter sind. Die FL/RB-Fraktion ist einstimmig für die Annahme des Budgets.

Materielle Beratung (*Das Budget wird seitenweise durchberaten*)

Seite 1, Kommentar zum Budget, Mehraufwand

GR Hummel: Beim Mehraufwand in der zweitobersten Zeile Besoldungen sind es gemäss Finanzplan CHF -540'000 und nicht CHF -440'000.

STP Niederberger: Wie es mir von Thomas Knupp auf die Schnelle erklärt wurde, sind das die ergebnisrelevanten Mehraufwände, die nicht in die Spezialfinanzierungen gehen.

Seite 7, Erfolgsrechnung, gestufter Erfolgsausweis, Betrieblicher Aufwand

GR Hummel: Die SVP-Fraktion stellt zum betrieblichen Aufwand den Antrag, den Teuerungsausgleich von 1 % zu streichen und die Personalkosten somit um CHF 154'000 zu kürzen. Dies aus folgendem Grund: Art. 22 Abs. 2 des Besoldungsreglements lautet: „Der Stadtrat setzt den Teuerungsausgleich auf den 1. Januar fest. Er wird auf den gleichen Zeitpunkt in die Besoldung eingebaut. Die Höhe des Ausgleichs bemisst sich nach der Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise. Massgebend ist die durchschnittliche Teuerung von [...]“ Das Reglement spricht explizit nicht von der Erhöhung, sondern von der Veränderung. Somit hätte man laut Reglement die Negativteuerung der letzten Jahre bei der Besoldung ebenfalls berücksichtigen müssen. Wir können nachvollziehen, dass man das nicht gemacht hat. Indem aber die Teuerung – sobald es eine gab – in den letzten zehn bis zwölf Jahren weiterhin ausgeglichen wurde, beträgt der Vorsprung gegenüber der effektiven Teuerung per 2018 bereits 2 %. Weiter kommt

hinzu, dass der Kanton in seinem Finanzplan für das Personal festgelegt hat, dass für 2019, 2020 und 2021 jeweils maximal 1 % der Lohnsumme für Lohnanpassungen genereller und individueller Art ohne Erhöhung des Stellenetats sowie für Teuerung zur Verfügung steht. Bei uns sind es 2019 ohne Erhöhung des Stellenetats 2.2 %, 2020 1.7 % und 2021 1.7 %. Im letztjährigen Finanzplan sprach die Stadt für 2018 von einer Steigerung der Lohnkosten von 1.2 %. Und zu guter Letzt waren die Personalkosten seit 2013 immer zu hoch budgetiert: 2013 Abweichung Rechnung zu Budget -1.3 %, 2014 -2.7 %, 2015 -2.5 %, 2016 -2.8 % und 2017 -2.8 %. So gesehen würde diese Kürzung nicht einmal eine Rolle spielen. Deshalb bitten wir die anwesenden Gemeinderäte, unserem Antrag zuzustimmen.

STP Niederberger: Ich erlaube mir, hierzu ein paar Ausführungen zu machen. Ich habe bei der FRK-Sitzung einleitend gesagt, dass wir eine ausserordentliche Erhöhung von CHF 540'000 gegenüber dem Vorjahresbudget haben. Ich habe gesagt, dass es dafür Gründe gibt, diese haben wir auch aufgezeigt. Ich habe auch gesagt, dass wir uns bewusst sind, dass wir Massnahmen einleiten müssen. Ich komme zuerst auf die Zusammensetzung dieser CHF 540'000 und den Grund dafür. Wir haben einen Teuerungsausgleich von 1 % prognostiziert, das ist eine Zunahme von CHF 154'000. Dann haben wir Doppelbesetzungen für rund CHF 85'000. Das ist ein ausserordentlicher Betrag. Wir haben eine Doppelbesetzung bei einer Pensionierung. Dann haben wir noch Krankheitsfälle, welche ebenfalls eine Doppelbesetzung erfordern. Weiter haben wir eine Erhöhung des Stellenetats. Hier sind wir auf ein absolutes Minimum von 70 Stellenprozenten gegangen, wobei 60 Stellenprozent bis Ende 2022 für die Entlastung des Departements Gesellschaft im Bereich Liegenschaften befristet sind, damit wir Kapazitäten für die Grossprojekte Stadthaus und Egelsee haben. Dann haben wir eine Erhöhung von rund CHF 23'000 für Berufsbeistandschaft und private Mandatsträger. Das sind Sachen, die uns von der KESB vorgegeben werden. Weiter haben wir einen grösseren Betrag von CHF 179'000 für übrige Sachen, dazu gehören individuelle Lohnerhöhungen aus der Leistungsbewertung und neue Funktionsbewertungen. Diese muss man anpassen. Wenn zum Beispiel ein Mitarbeiter einer neuen Funktion oder eine neue Führungsaufgabe übernimmt, gibt es dort einen gewissen Punktezuschlag, welcher dann lohnrelevant ist. Weiter gibt es einen Stellentransfer, dafür bin vor allem ich der Verursacher, indem ich das Stadtmarketing gern stärken möchte. Anstatt dass wir neue Stellenprozent beantragt haben, haben wir von anderen Abteilungen Stellenprozent weggenommen und diese nun beim Stadtmarketing erhöht. Das bedeutet aber, dass gewisse Stellenprozent höher bewertet sind als dort, wo wir sie abgezogen haben. Dann haben wir noch Personalmutationen, die es gibt, wenn Mitarbeitende uns verlassen oder neu hinzukommen. Wir haben ebenfalls CHF 44'000 für Behörden und Kommissionen dabei. Wir haben eine neue Kommission Technische Betriebe und auch eine Ortsplanungsrevision. Beim übrigen Personalaufwand haben wir noch CHF 45'000, wovon CHF 30'000 für den Personalausflug dabei sind, den wir jedes zweite Jahr durchführen, so auch 2019. Zu den Massnahmen, welche wir bereits eingeleitet haben, möchte ich zwei Sachen erwähnen. Einerseits haben wir unseren internen Prozess, wenn es um neue Stellen geht, neu organisiert. Wir haben das zusammen mit den Abteilungsleitern gemacht und einen Prozess definiert.

Wenn es Stellenanträge aus der Verwaltung gibt, werden diese begründet und die Anforderungen genau definiert. Dies wird in einer kleinen Kommission, bestehend aus Verena Wüthrich als Personalverantwortliche, Thomas Knupp als Finanzchef und ich als Stadtpräsident zusammen mit dem zuständigen Abteilungsleiter und Stadtrat angeschaut. Wir prüfen, ob es auch andere Varianten gibt, damit wir nicht zusätzliche Stellenprozente schaffen müssen. Ende August haben wir hier im Rathaussaal einen Workshop mit allen Ressortleitern und Abteilungsleitern gemacht und haben dort noch einmal ganz klar die Leistungsbewertungen besprochen, damit diese Bewertungen alle in einem gleichen Verfahren gemacht werden. Wir haben einen bestimmten Faktor bestimmt, wonach bei Überschreitung dieses Faktors der Fall mit dieser Kommission besprochen wird, sodass alle diese Bewertungen ein bisschen konzentrierter machen können. Dann möchte ich gern noch etwas zum Teuerungsausgleich sagen. Der Teuerungsausgleich im Budget ist eine Prognose. Der Entscheid über den Teuerungsausgleich fällt der Stadtrat jeweils Ende November. Wir hatten in den letzten Jahren eine negative Teuerung – wir haben es überprüft. Seit 2007 hatten wir in fünf Jahren eine negative Teuerung. Es ist aber auch so, dass in unserem Besoldungsreglement nicht ausdrücklich geregelt ist, wie man mit einer Minusteuerung umgeht. Der Vorsprung zu den Löhnen gemäss Landesindex der Konsumentenpreise beträgt 3 %. Das heisst, in diesen Jahren haben sich 3 % aufgestaut. Es sind aber nicht alle Mitarbeiter, deren Löhne Jahr für Jahr steigen. Es gibt auch Stagnationen. 2017 hat der Stadtrat beschlossen, auf das Jahr 2018 einen Teuerungsausgleich von 0.4 % zu gewähren. Damit will der Stadtrat auch die Leistung der Mitarbeitenden anerkennen. Ich denke, bei uns wird wirklich gute Arbeit geleistet. Wir haben sehr viele Abteilungen, welche auf Hochbetrieb laufen, wo die Mitarbeitenden wirklich gefordert sind. Dem Stadtrat ist es ein Anliegen, diese Leistung zu anerkennen. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass, wie GR Dufner einleitend schon erwähnt hat, die Krankenkassenprämien im Landesindex nicht inbegriffen sind. Auf all diese Jahre ausgerechnet sprechen wir von etwa 0.25 %, welche es für alle Mitarbeitenden ausgemacht hat. Der Stadtrat ist klar der Meinung, dass wir den Teuerungsausgleich weiterhin als Anerkennung für die Mitarbeitenden ausrichten möchten und dass wir jeweils Ende November diesen Beschluss treffen werden, wie der Teuerungsausgleich ausgerichtet werden soll.

GR Hummel: Vielen Dank für diese Ausführungen, aber ich teile diese Meinung nicht überall. Wir sprechen nicht von den individuellen Lohnerhöhungen und Funktionenbewertungen, wir sprechen von der Teuerung. Wenn im Besoldungsreglement steht, massgebend ist der Landesindex der Konsumentenpreise, so gilt dieser, und wenn dieses und jenes nicht berücksichtigt ist, ist es einfach so. Tatsache ist, wenn man die Minusteuerungen der letzten Jahre zusammenzählt, kommt man auf 2 %, welche man jetzt einfach voraus ist. Deshalb halten wir an unserem Antrag fest.

GR R. Herzog: Ich habe vorhin beim Antrag von GR Hummel nicht ganz verstanden, was der Zusammenhang mit der Unterschreitung der Budgetzahlen um diese 2 % oder 2.5 % bei der Rechnung mit dem Antrag zu tun haben soll. Ist das so zu verstehen, dass du sagen würdest, streicht CHF 154'000 weg, ihr braucht sowieso

nicht alles Geld, also könnt ihr den Teuerungsausgleich dann trotzdem bezahlen? Das fände ich allerdings ein bisschen eine eigenartige, unehrliche und intransparente Art und Weise. Sagt doch bitte ganz direkt, man soll dem Personal den Teuerungsausgleich nicht gewähren. Versteckt euch nicht hinter dieser Unterschreitung des Budgets. Ich glaube, dieser Punkt hat nichts mit der Frage des Teuerungsausgleichs zu tun. Seien wir doch froh, wenn der Stadtrat am Schluss des Jahres bei der Rechnung sagen kann, man habe nicht das ganze Geld verbrauchen müssen, statt es zu beklagen.

STP Niederberger: Diesen Punkt habe ich noch vergessen. Eigentlich hat mir GR Hummel eine super Steilvorlage gegeben und ich habe sie nicht gepackt aber jetzt packe ich sie noch. Sie hat gesagt, dass wir in den letzten Jahren immer Einsparungen beim Lohnbudget gemacht haben. Das beweist doch genau, dass wir versuchen, so sorgfältig wie möglich zu sein. Es handelt sich hier um das Budget, das ist eine Prognose. Wenn wir in den letzten Jahren immer um 2 % besser waren als budgetiert, dann ist doch das wirklich der Beweis, dass wir gut schauen, nicht überborden und jeden Franken auch in diesem Bereich umdrehen. Daher bitte ich sie, diesen Antrag abzulehnen.

GR Hummel: Man kann es auch umgekehrt sagen, dass man zu hoch budgetiert.

GR Wolfender: Das ist genau das, was ich in meinem Votum für die Fraktion gemeint habe, dass man nicht aus Spargründen jetzt gerade beim Personal anfangen muss herumschrauben. Da gäbe es andere Positionen, welche dafür besser geeignet sind.

GR Dufner: Ich kann es nicht bleiben lassen, auch noch etwas zu sagen. Ich bin halt ein Jurist und habe mir die Mühe gemacht kurz vor der Sitzung das Besoldungsreglement auch noch zur Hand zu nehmen. Ich habe Art. 22 Teuerungsausgleich überflogen und jetzt habe ihn noch einmal gelesen. Als Jurist muss ich sagen, ich kann dem, was GR Hummel gesagt hat, nicht folgen. Und ich muss sagen, an die Reglemente, welche wir uns selber gegeben haben, müssen wir uns auch halten. Art. 22 ist wirklich nur so zu verstehen, dass eine positive Teuerung auszugleichen ist und nicht eine negative. Gemäss Abs. 2, setzt der Stadtrat den Teuerungsausgleich fest, welcher dann in die Besoldung eingebaut wird. Die Höhe des Ausgleichs bemisst sich nach der Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise. Dann muss man nicht aufhören zu lesen, sondern die Abs. 3 und 4 auch noch lesen. Dort steht: „Für Mitarbeitende der Funktionsstufe B kann der Stadtrat vom Grundsatz des vollen Teuerungsausgleichs abweichen, wenn es die allgemeine Lohnentwicklung, die Finanzlage der Stadt oder die gesamtwirtschaftlichen Interessen erfordern.“ Das Gleiche auch für Mitarbeiter der Funktionsstufe A. Es gibt noch mehr Juristen hier im Saal, wenn ich es falsch sehe, mögen sie mich korrigieren. Wenn ich das gesamtheitlich lese, ist es für mich klar, mit dieser Bestimmung im Besoldungsreglement wollte man sagen, wir gleichen positiv aus, negativ nicht. Diese Schattenrechnung, welche offensichtlich der Kanton macht, können wir nach unserem Reglement eigentlich nicht machen. So meine ich, müsste man es verstehen. Das wollte ich noch sagen, dass man in Kenntnis der

Reglementsbestimmungen entscheiden kann, wie man abstimmen möchte.

Abstimmung: Der Antrag der SVP wird mit 10 Ja-Stimmen gegen **24 Nein-Stimmen** bei 1 Enthaltung **abgelehnt**.

Seite 10, Investitionsrechnung, Position 6150.5010.10 Radwegführung Promenadenstrasse

GR Dufner: Im Namen der FRK stelle ich den Antrag, diesen Verpflichtungskredit mit Sternchen drei zu versehen, damit es eine Botschaft an den Gemeinderat gibt. Es geht um die Verlegung des Radwegs von oben nach unten an den unteren Teil des Sees. Es besteht in diesem Gebiet ein Gestaltungsplan, das Land gehört grösstenteils der Stadt Kreuzlingen, wie uns in der FRK gesagt wurde. Man kann dort wegen der Seekreide keine Tiefgarage bauen, deshalb muss man rückwärts ausfahren können. Dadurch wird der Radweg, wie er jetzt geführt ist, gefährlich, weil man in entsprechende Konflikte mit den Fahrradfahrern käme. Die dafür vorgesehenen CHF 1.2 Mio. wurden in der FRK als sehr hohen – allenfalls zu hohen – Betrag angesehen, daher möchten wir darüber gerne ein bisschen mehr wissen und somit eine Botschaft haben. Ich stelle also den Antrag, dies mit Sternchen drei zu versehen.

GR R. Herzog: Namens der SP-Fraktion rufe ich dazu auf, diesen Antrag aus der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission abzulehnen und auf Sternchen drei zu verzichten und damit nicht vom Stadtrat eine Botschaft an den Gemeinderat zu verlangen, sondern diese Position mittels Budgetentscheid durchzuwinken. Begründung: 1. Ein behördenverbindlicher und vom DBU genehmigter Teilrichtplan Promenaden-/Werftstrasse ist in Kraft. Dieser ist Grundlage für die Gestaltungspläne in dieser Gegend und sieht die Verlegung des Radwegs von der Werft- an die Promenadenstrasse vor. Aus Sicherheitsüberlegungen ist diese Verlegung zwingend nötig. Die Anwohnerinnen und Anwohner der in diesem Gebiet neu zu erstellenden Siedlungen fahren zum Teil rückwärts in die Werftstrasse. Den Radweg dort durchzuführen, wäre aus Sicherheitsüberlegungen schlichtweg undenkbar. Die Verlegung ist also sowieso zwingend und im behördenverbindlichen Teilrichtplan vorgesehen. Zudem gelten Erschliessungsanlagen nach Art. 37 des Plandungs- und Baugesetzes des Kantons Thurgau als gebundene Ausgaben. Aufgrund des eben Gesagten gehört unserer Meinung nach auch die Verlegung des Radwegs ganz klar dazu. Eine Botschaft an den Gemeinderat ist mithin sinnwidrig, die Verlegung des Radwegs ist inhaltlich begründet und rechtlich verlangt. 2. Was würde eine Botschaft an den Gemeinderat denn bewirken? Es würde bewirken, dass eine verfahrensmässige Unklarheit entsteht, weil man nicht weiss, wie ein Entscheid des Gemeinderats zu einer Botschaft ausfällt und deshalb die Weiterarbeit am Gestaltungsplan Promenade Mitte auf Eis gelegt werden müsste. Wenn man einfach davon ausgeht, der Gemeinderat wird der Botschaft sowieso zustimmen, ist eine Botschaft auch ziemlich sinnlos. Dies ist aus unserer Sicht auch nicht gerade sehr investorenfreundlich, wenn man dort unten eine grosse Unsicherheit und damit auch eine zeitliche Verzögerung bewirkt. Das ganze Verfahren im Hinblick auf den Gestaltungsplan Promenade Mitte würde stark ver-

kompliziert und verzögert. Das ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll. 3. Das Projekt ist seit längerem im Finanzplan angezeigt. Es wurde schon zweimal, nämlich im August 2017 und im August 2018 in der BU vorgestellt. Jede Fraktion hatte die Gelegenheit, sich über ihre BU-Mitglieder über den Inhalt und die Gestaltung der Verlegung dieses Radwegs zu informieren. Das ist der Sinn und Zweck, dass man aus der Kommissionsarbeit heraus die Meinungen in die Fraktionen zurückbringt und die Informationen dort einfließen lässt. Wenn der Gemeinderat bzw. die Antragsteller mit dem Antrag, dort ein Sternchen drei zu setzen, bewirken möchten, dass sie genauere Auskünfte über die Ausgestaltung des Projekts haben möchten, hätten ihr euch vorher an die Vertreter der Fraktionen in der BU wenden können. Diese haben nämlich schon länger Klarheit darüber, auch wie dieses Projekt aussehen soll. Es gibt zum Beispiel auch einen Querschnittplan, der zeigt, dass in der Mitte ein Grünstreifen mit Bäumen entstehen soll, Velofahrer und Fussgänger links und rechts getrennt. Der Verlauf ist also seit längerem geklärt und mehrfach aufgezeigt, der Querschnitt wurde geklärt und gezeigt etc. wenn diese Informationen weitergegeben worden wären oder weitergegeben wurden, besteht jetzt kein Anlass, plötzlich, nachdem man vorher nie davon gesprochen hat, eine Botschaft zu verlangen, die städtische Verwaltung mit weiteren Arbeiten zu betrauen, das ganze Projekt zu verzögern und zu verkomplizieren. Deshalb ist es unserer Meinung nach unnötig und im Sinn einer schlanken Verwaltung klar bei der aktuellen Situation ohne Sternchen drei zu belassen.

SR Zülle: Ich möchte den Stadtschreiber bitten, etwas einzublenden (*Beilage 3*), weil ich wusste, dass vor allem der Begriff Radweg in Verbindung mit CHF 1.2 Mio. dazu Anlass gibt, überhaupt ein Sternchen drei zu verlangen. Man fragt sich sicher, warum ein Radweg so teuer ist. Deshalb habe ich mir erlaubt, den Plan mitzunehmen, er wird gerade auch verteilt. Das ist das, was in der ehemaligen WBU- und heutigen BU-Sitzung gezeigt wurde. Man sieht eine Zweiteilung. Der eine Teil ist eigentlich kein Radweg, sondern eine Strasse mit Mischverkehr. Das ist das ganz links, also die Promenade West für CHF 750'000 müsste sowieso gemacht werden. Der Radweg führt natürlich auch über die Mischstrasse, es ist ein Mischverkehr. Im rechten Teil sieht man den Radweg mit dem 2 Meter breiten Mittelstreifen, auf diesem Abschnitt haben wir sehr viele Spaziergänger und sehr viele Fahrradfahrer. An Spitzentagen belaufen sich die Zahlen im oberen Teil, wo der Radweg jetzt durchführt, auf 600 pro Tag. Unten, wo es verboten ist, sind es pro Tag zwischen 200 und 400. Man hat die Situation also schon genau angeschaut. Die Werftstrasse ist für uns eigentlich keine Option mehr, weil man rückwärts herausfahren muss. Auf dem Plan sieht man die geplanten Stichstrassen und fein eingezeichnet die mögliche Überbauung. Das ist im Richtplan enthalten, welcher zur Auflage und Genehmigung reif ist, auch alle Landverhandlungen hat man gemacht. Das Filetstück gehört zum grössten Teil der Stadt Kreuzlingen. Es ist also unser eigenes Filetstück, wo wir Baureife erlangen wollen und es soll eine wunderbare Geschichte werden, die nicht übermässig protzig ist – und nicht dass dort einfach irgendwelche Häuser gebaut werden. Wir haben die ganze Sache auch allen Anwohnern dieser Häuser gezeigt. Den ersten Teil, also die Strasse mit dem Mischverkehr für CHF 750'000 müssten wir sowieso machen. Dieser Teil an der Promenade West gehört ebenfalls der Stadt Kreuzlingen und wäre

ebenfalls reif. Man könnte es im Baurecht abgeben oder verkaufen, es ist eigentlich unser Tafelsilber. Auf dem nächsten Bild sieht man den Radweg, wie er verlaufen soll. Ganz wichtig ist, dass wir den Querschnitt anschauen. Es ist nicht einfach nur ein Teerstreifchen. Es gibt eine neue Kofferung, eine 2 Meter breite Mittellinie, Bäume, es gibt eine schöne Promenadenanlage, wie der Name es schon sagt. Und ich kann Ihnen sagen, für Kreuzlingerinnen und Kreuzlinger, aber auch für Touristen, für alle auf dem Campingplatz usw. ist das etwas Ausgezeichnetes, wenn man das endlich klug ausbaut. Da können wir nicht einfach nur ein mickriges Strässchen machen. Ich möchte sie schon bitten, zu glauben, dass ein Teil dieser Strasse CHF 750'000 und der andere Teil CHF 600'000 kostet. Dieses Geld ist nicht zum Fenster hinausgeworfen. Es ist einer der meist befahrenen Wege in der Schweiz überhaupt, der internationale Seeradweg ist in der Schweiz am meisten befahren. Darüber hinaus, sind da unten ganz viele Fussgänger. Da können wir einfach keinen Pfusch hinstellen. Ich bin der Meinung, dass wir bei uns und in unserem eigenen Land etwas Gescheites machen und hier nicht rappenspalterisch sein sollten. Ich bin der Meinung, dass man das ohne Botschaft machen sollte. Ich habe Ihnen aufgezeigt, was dabei herauskommen wird. Natürlich ist der Gestaltungsplan im Moment noch nicht rechtskräftig. Wenn er rechtskräftig ist, ist es eine gebundene Ausgabe, welche wir für diese Erschliessung haben müssen. Ich hoffe, ich konnte sie alle überzeugen, dieses Sternchen drei nicht zu setzen. Es würde für uns einen grossen, sogar einen sehr hohen Zeitverlust bedeuten, wenn es abgelehnt oder zurückgestellt werden würde. Wir sprechen von Jahren, wo wir nichts Gescheites realisieren können, obwohl wir jetzt schon sehr viel in die Planung, Landverhandlungen usw. gesteckt haben. Übrigens haben wir es auch bereits einmal im Gemeinderat vorgestellt. Es wäre schade, wenn man das jetzt mit einer riesigen Mehrarbeit blockieren würde, obwohl wir nie mehr Personal bekommen. Ja, das muss man auch einmal sagen. Ich sage, was ich denke. Die ganze Zeit sagt man mir, der hat zu viel Personal. Das ist einfach etwas, was mich stört. Und immer wieder werden neue Arbeiten aufgegeben.

GR Salzmännli: Da ist viel gesagt worden. Behördenverbindlich, lieber GR Ruedi Herzog, ja gut, die Verlegung ist nötig, dagegen sage ich nichts. Gebundene Ausgabe ist auch gut. Warum es eine verfahrensmässige Unklarheit sein soll, wenn wir eine Botschaft erhalten oder nicht, verstehe ich nicht. Es wird verzögert, ja um ein halbes Jahr. Ich glaube, wir haben vor drei oder vier Jahren bereits über dieses Thema diskutiert. Ob es nun also ein halbes Jahr länger dauert oder nicht, ist dann auch noch egal. Das Projekt ist seit längerem im Finanzplan angezeigt, das hat GR R. Herzog richtigerweise gesagt, es ist also schon ein langjähriges Projekt. Und eine Verzögerung durch den Gemeinderat? Der Gemeinderat hat eine grössere Legitimation als der Stadtrat, von daher wäre es sicher sinnvoll. Ich glaube, diese Verzögerung ist zu verkraften. Wenn ich sehe, wie lange es wahrscheinlich noch dauern wird, bis der Bagger beim Stadthaus steht, kommt es auf dieses halbe Jahr dort unten auch nicht an. Jeder konnte sich über die WBU informieren, das ist selbstverständlich korrekt. Das heisst aber nicht, wenn man sich informiert, dass man es dann nur noch unkritisch sieht. GR R. Herzog hat Grünstreifen mit Bäumchen erwähnt, SR Zülle redet von nicht übermässig protzig. Das scheint schon fast ein Widerspruch zu sein und wäre allein schon lohnend, eine

Botschaft zu haben. CHF 1.26 Mio. hätten früher zu einer Volksabstimmung geführt – nach der alten Gemeindeordnung hätte es bei über CHF 1 Mio. eine Volksabstimmung gegeben. Jetzt will man nicht einmal mehr im Gemeinderat darüber diskutieren. Ich frage mich langsam, wofür es den Gemeinderat noch braucht. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten haben alle Fraktionen am Anfang gesagt, man solle nicht fahrlässig sein mit dem Geld ausgeben. Jeder hat es gesagt, jeder hier drin hat es vorhin bei den Fraktionsmeinungen gesagt. Und jetzt, wenn es zum Schwur kommt, sollen wir durchwinken. Ich verstehe es nicht. Selbstverständlich soll es eine Botschaft geben. Dann schauen wir es uns an, ob wir diese Bäumchen und diese Grünstreifen wirklich alle brauchen.

GR Moos: Ich habe zwei Punkte, welche ich kurz ansprechen möchte. Das eine gegenüber GR Salzmann: Ich finde Grünflächen und Bäume extrem wichtig, es wird auch städteplanerisch immer wichtiger, dass man versiegelte Flächen mit Grünpflanzen auflockert. Ich erinnere an Grossstädte, die Probleme mit sehr heissen Temperaturen haben. Dem begegnet man, indem man diese Städte begrünt. Deshalb ist das aus meiner Sicht kein Luxus, sondern einfach notwendig. Der andere Punkt zum Fraktionspräsidenten der SP: Vielleicht könnte mir der eine oder andere Jurist im Saal Auskunft geben bezüglich dieser Unsicherheit, welche entstehen soll, wenn es zu einer Botschaft an den Gemeinderat kommt. Ich bin auch eher der Meinung, dass es zu Verunsicherungen führen könnte, bin aber noch nicht ganz sicher. Kann mir jemand unter den Juristen Auskunft erteilen?

GR Dufner: Ich gebe gern eine Auskunft. Ich habe nicht ganz verstanden, was die Verunsicherung ist oder wie er das sieht, daher kann ich jetzt da auch nicht konkret Stellung nehmen. Wenn ich eine Botschaft mache und diese zurückweise, heisst das nicht, dass man beispielsweise generell gegen die Verlegung des Radwegs von oben nach unten sein muss, wie es im Richtplan vorgegeben ist. Im Richtplan ist auch nicht bestimmt, wie dieser Radweg ausgestaltet werden muss. Das ist die Frage, um die es letztlich geht, ob man CHF 650'000 dafür ausgeben will oder nicht oder ob man es vielleicht auch für CHF 300'000 machen kann. Ich nehme an, das ist die Tendenz von GR Salzmann, wenn es darum geht, dass man ein bisschen sorgfältiger mit den Mitteln umgeht, und er sagen will, aufgrund dieser Botschaft sehe ich das. Betreffend gebundene Ausgabe, wie SR Zülle das gesagt hat, wäre dies meines Erachtens erst in dem Zeitpunkt der Fall, wo der Gestaltungsplan wirklich erlassen ist und das ist heute noch nicht der Fall. Also ist es heute sicher keine gebundene Ausgabe.

GR Moos: Das bringt mich zu einer Anschlussfrage. Ich meine, das Risiko besteht, dass diese Botschaft abgelehnt wird, wenn sie in den Gemeinderat kommt. Dann stehen wir tatsächlich bei null da, wie SR Zülle und GR R. Herzog es gesagt haben. Dieses Risiko besteht, das kann man nicht ausschliessen, daher bin ich tendenziell auch der Meinung, dass man auf eine Botschaft verzichten sollte.

GR Leuch: Als langjähriges WBU-Mitglied muss ich da ein bisschen widersprechen. Es ist so, dass wir ein paar Mal über diese Strasse informiert haben. Aber es wurde auch jedes Mal Unverständnis ausgelöst. Das sollte euren Ohren auch

nicht entgangen sein. Man stellte es immer auch ein bisschen infrage, ob es wirklich nötig ist. Es gibt schon ein paar Punkte, welche man infrage stellen kann. Zu GR Moos: Wenn wir 3 Meter Strasse, 3 Meter für die Fahrräder und 2 Meter Grünfläche und 3 Meter für die Fussgänger haben, wenn wir wirklich grün sein wollen und sagen, wir brauchen einen Grünstreifen, müsste man es umgekehrt machen. Dann hätten wir 6 Meter grün und 2 Meter Teer. Die Dimension, welche wir allgemein hier annehmen, kommt mir wirklich ein bisschen wie – dieses Wort darf man hier in Kreuzlingen zwar nicht in den Mund nehmen – ein Boulevard vor, wie ein Promenadenboulevard. So breit wurde es früher nicht vorgestellt, das ist jetzt schon ein bisschen überraschend. Grundsätzlich kann man sich schon fragen, ob die Verlegung wirklich nötig ist. Es gibt immer noch Leute, die sagen, es ist egal, ob der Radweg verlegt wird oder nicht, ich fahre immer noch oben durch und das kann man auch. Man hat auch jetzt schon Autos auf dieser Strasse, aber nicht so viele. Bei der Siedlung, die erstellt werden soll, handelt es sich aus meiner Sicht fast um eine Pfahlbauersiedlung. Pfahlbauern hatten früher Boote, um zu ihren Häusern zu fahren. Ich frage mich wirklich, ob man zu jedem Haus fahren können muss. Kann man nicht eine andere Lösung realisieren, und die Autos von der Siedlung ganz fernhalten? Dann könnte man nämlich einiges sparen und vom Ort her würde es vielleicht einer neuen Dimension entsprechen, wenn man heute Siedlungen baut. Vielleicht muss nicht jeder sein Auto vor seinem Haus vorwärts parken und rückwärts wegfahren können. Das ist allgemein sowieso keine gute Lösung. Ich denke, so könnte man den Konflikt mit den Fahrradfahrern lösen, man könnte viel Geld sparen, man könnte geradeaus fahren. Ja, ich denke, man könnte es auch einfacher haben.

GR Moos: Das Risiko besteht tatsächlich, dass diese Botschaft abgelehnt werden könnte, wenn sie denn einmal im Gemeinderat ist. Deshalb würde ich anraten, dem Vorschlag von GR R. Herzog zu folgen und den Antrag abzulehnen. Meine Bemerkung betreffend Grünstreifen war eher allgemeiner Art.

GR Portmann: Es ist schon beängstigend, wenn man heute von Risiko und Angst spricht. Aber vielleicht regt es auch einmal an, dass man darüber nachdenkt, was man optimiert herausholen kann. Ich sage noch einmal, jede Partei sagt, geht sparsam mit dem Geld um. Jetzt kann der Stadtrat sich beweisen und sagen, wir bringen etwas, was optimal ist. Und wenn ihr das Optimale bringt und eure Leistung gemacht habt, glaube ich nicht, dass es so kommt. Aber es gibt eben einen Gemeinderat, der einmal von der Bevölkerung gewählt worden ist. Wir diskutieren über CHF 1.26 Mio. Wie gesagt, früher wäre es zur Abstimmung gekommen, also kann man es wohl auch mit Mut und Tatendrang in den Gemeinderat bringen, dann haben wir keine grosse Verzögerung. Und wenn man es dann gut verkauft, gut präsentiert und das Optimale herausholt, sagt der Gemeinderat sicher nicht Nein.

SR Zülle: Es ist so, dass wir das Optimum herausgeholt haben. Der Gestaltungsplan, welcher den Radweg mitbeinhaltet, wurde im Lauf von einigen Jahren erarbeitet. Zum Sparen: Ich habe aufgezeigt, dass es zwei Teile sind. Der erste Teil ist Mischverkehr, den müssen wir sowieso machen. Es geht darum, dass der Rad-

weg im Budget ein bisschen falsch bezeichnet worden ist. Ich glaube, wenn wir es anders gemacht hätten, hätte niemand ein Sternchen drei verlangt. Nämlich ein Strassenstück für Mischverkehr und dann den Radweg. Dann hätten wir einmal CHF 750'000, einmal CHF 650'000 gehabt und es gäbe keine Volksabstimmung. Und weil es eben im Gestaltungsplan ist und Erschliessungen nun mal zum Gestaltungsplan gehören – sonst ist der Gestaltungsplan gar nichts mehr wert – kann man also auf eine Botschaft verzichten. Vielleicht noch zu den Dimensionen: Ich habe gezeigt, wie viele Fahrräder dort unten durchfahren. Wir haben Messstationen aufgestellt und diese gezählt. Es ist also nicht geprahlt, wenn ich von 800 spreche. Wenn die von oben auch noch nach unten gehen, sind es an Spitzentagen 800 bis 1000 Velos pro Tag. Und wir haben sehr viele Fussgänger. Ich möchte es den Leuten nicht zumuten, dass sie auf einem kleinen Streifen von 1.5 Meter laufen müssen. 3 Meter braucht es für Velofahrer und diese braucht es auf der anderen Seite auch für Fussgänger. Es gibt auch Leute im Rollstuhl, Leute mit Kinderwagen, sogar mit Zwillingswagen, diese müssen einfach Platz haben. Und wenn wir nur CHF 100'000 sparen, weil es ein bisschen schmaler ist, dann ist dies unvernünftig. Ich glaube, was hier geplant worden ist, ist etwas ganz Vernünftiges und Sichereres. Auch besteht in dieser Region Hochwassergefahr, es ist auf der Gefahrenkarte des Kantons, da kann man nicht einfach bauen, was man will. Klar ist, dass es keine Tiefgarage gibt und die Autos müssen ebenerdig hineinfahren. Die Stichstrassen sind auch da, wir müssen Häuser erschliessen, wir können nicht einfach sagen, wir machen dort unten autofrei, das geht nicht. Sonst muss man auf diesen Gestaltungsplan gänzlich verzichten.

Abstimmung: Der Antrag der FRK wird mit **19 Ja-Stimmen** gegen 16 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen **angenommen**.

Seite 10, Investitionsrechnung, Position 6150.5290.00 Fussgängersteg/See/Zentrum, Planung

GR Dufner: Der Fussgängersteg ist im Finanzplan mit Realisierungskosten von CHF 4.5 Mio. enthalten. Zusätzlich kommt im Budget 2019 der Planungskredit über CHF 500'000 hinzu. Im Rahmen der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass dieser Steg auch im Aggloprogramm ist und dass wir deshalb vom Bund etwa CHF 1.3 Mio. erwarten dürfen. Zur Begründung wurde ausgeführt, es gehe darum, Leute vom See in die Stadt hinaufbringen zu können. Auch hier wurde der Antrag gestellt, diesen Planungskredit mit einem Sternchen drei zu versehen. Man sagte, bevor wir hier eine halbe Million ausgeben, wollen wir schon noch ein bisschen mehr über diesen Fussgängersteg wissen, als auf der Folie zu sehen war, welche uns Ruedi Wolfender netterweise hinhielt, um zu zeigen, dass es in der BU bereits vorgestellt wurde. SR Zülle sagte, man sei selbstverständlich bereit, hier eine Botschaft zu machen. Vonseiten der FRK folgt der Antrag, diese Position mit Sternchen drei zu versehen.

GR Portmann: Wie erwähnt, ist im Budget ein Posten für die Überführung vom Helvetiaplatz zum visionären Parkhaus am Hafen Klein Venedig vorgesehen. Hiermit stelle ich im Namen der FDP/EVP-Fraktion den Antrag auf Streichung die-

ser CHF 500'000 im Konto 6150.5290.00. Diesen Budgetposten kann man gut und gern ganz streichen, denn laut Finanzplan soll das Parkhaus erst 2023 gebaut werden. Wenn man dann so etwas haben will, kann man es gleich ins Projekt Parkhaus integrieren. Zudem muss man sich auch bewusst sein, was mit der alten Überführung passieren soll und ob diese in dem Zustand, in dem sie heute ist, überhaupt noch tragbar ist – sei es das Alter. Gleichzeitig sollte aber auch die Situation der Bodenverhältnisse sowie die Besitzverhältnisse ganz genau abgeklärt werden, denn ein gewisser Teil des Bodens in diesem Dreieck Konstanz-Kreuzlingen gehört dem Land Baden Württemberg. Bevor man hier wieder Geld verplant, und wir sprechen immerhin von CHF 500'000, sollten wir bei dem visionären Finanzplan, den wir für die Zukunft haben und der uns viel Geld kostet durch langfristige und vorgegebene Projekte wie Stadthaus, Schwimmbad etc., auch für die Nachkommen schauen. Daher stelle ich den Antrag, diesen Posten ganz aus dem Budget zu streichen.

Der Ratspräsident: Ich schlage vor, dass wir zuerst über den Antrag der FRK und danach über den Antrag der FDP/EVP-Fraktion abstimmen.

GR Moos: Müsste man die Anträge nicht einander gegenüberstellen?

Der Ratspräsident: Nach meiner Ansicht sind das zwei verschiedene Anträge. Wir haben einen Antrag für einen Sternchen drei-Artikel und einen Antrag auf Streichung. Weil die FRK den Antrag zuerst gestellt hat, bin ich der Meinung, dass wir zuerst über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmung: Der Antrag der FRK wird mit **25 Ja-Stimmen** gegen 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen **angenommen**.

SR Zülle: Es hat mich ein bisschen gewundert, dass dieser Streichungsantrag von GR Portmann kommt, weil er ein Detaillist ist. Eigentlich will man mit diesem Steg genau die Detaillisten fördern, indem man die vielen Fussgänger und Velofahrer vom See in die Stadt holen will. Momentan fehlen zwei Verbindungen. Das eine ist die Verbindung Helvetiaplatz-Klein Venedig, das andere ist die Verbindung vom Helvetiaplatz zum Schnetztor. Beide Projekte sind übrigens Agglomerationsprogramme, daher spricht der Bund CHF 1.3 Mio., wenn wir es machen. Das heisst aber nicht, dass wir es deswegen machen. Aber es ist selbstverständlich eine Erleichterung, wenn man so etwas mit Bundesfinanzierungen machen kann. Ich habe kein Problem mit dem Sternchen, das habe ich bereits in der FRK gesagt. Ich glaube, da darf man ruhig ein bisschen zeigen, was man vorhat. Es gibt übrigens bereits schon Pläne, welche man gemacht hat. Dann hiess es einmal, wenn man dort unten ein Parkhaus macht, könnte man dies gleich anhängen. Das ist richtig, das kann man. Wenn das Parkhaus nicht da ist, kann man es aber trotzdem bauen. Dann baut man einfach den Sockel und den Lift, denn man muss auf der gleichen Ebene sein. Es darf keine grossen Gefälle geben, denn niemand geht gern mit dem Fahrrad oder zu Fuss bergauf. Und immer, wenn wir so etwas machen, wollen wir es behindertengerecht machen. Der andere Übergang, den du angesprochen hast, dieser Rosthaufen, anders kann man dem nicht mehr sagen,

ist weder behindertengerecht noch sonst etwas. Dieser ist meiner Meinung nach abzureissen, aber ich bin nicht ganz sicher, ob dieser uns gehört. Dieser Übergang ist eigentlich kein Übergang mehr. Wenn man bei der Barriere geradeaus geht, kommt man mit dem Rollstuhl auch nicht weiter. Es ist also eine Katastrophe, was dort unten ist. Einerseits sollte diese Verbindung Freude machen, dass man sagt, da will ich einmal oben durch. Nicht Mogelsberg, die haben noch andere Stege. Aber da kann ich oben durch, ich kann hinunterschauen, das ist spannend, das ist interessant. Man kann hinauf bis zum Helvetia Platz, wenn dann das Schiesser-Areal fertig ist, kann man noch ins Kulturzentrum gehen, man kann auf den Boulevard gehen, und das alles zu Fuss oder mit dem Fahrrad. Solche Verbindungen fehlen in Kreuzlingen, darum ist der Boulevard dort oben ein bisschen allein. Das muss man verstehen. Man muss immer schauen, wo die Leute sind, und in Kreuzlingen haben wir am meisten Leute am See und in Konstanz. Und diese müssen wir nicht hinüberschicken, sondern abholen, und zwar abholen mit gescheiterten Verbindungen. Es ist für die Detaillisten und für die Bevölkerung eine gescheite Sache. Ich würde mir wünschen, dass wir mit der Planung beginnen können. Diese wird Geld kosten, weil wir einen Wettbewerb machen müssen. Sie wird auch Geld kosten, weil wir all die Fragen klären müssen, welche du auch gestellt hast und richtig sind. Darum kostet es einfach einen gewissen Batzen, danach könnten wir dann loslegen.

GR Portmann: SR Zülle, danke, dass man an den Detailhandel denkt. Aber dieses ist eines der geringsten Probleme des Detailhandels, wenn wir schauen, was uns ein Walk of Fame bringt, wo unten noch die Stromkabel durchlaufen. Die Aussicht auf die Landschaft dort unten ist traumhaft, ich würde sagen Manhattan City im obersten Stock, wenn ich darüber hinwegschaue. Wenn wir es machen, dann können wir es schon machen, damit habe ich kein Problem, aber dann macht es zusammen mit dem Parkhaus, dann investieren wir einmal in eine Planung. Denn dann kommt ihr auch damit, dass ihr einen Wettbewerb beim Parkhaus machen müsst und es ausschreibt, dann kann man es dort gleich integrieren. Dann kann vielleicht die Stadt, die jammert, dass sie zum Teil zu wenig Mitarbeiter hat und mit der Arbeit nicht nachkommt – ich zitiere sie, sie haben vorhin gesagt, sie hätten manchmal zu wenig Mitarbeiter – es in einem Schlag machen. Es wäre dann vielleicht auch einfacher gemacht und gleich integriert.

SR Zülle: Ich möchte da schon nicht verlängern, aber ich möchte einfach sagen, dass es zwei Projekte sind. Eines ist ein Aggloprojekt, das andere ist ein Projekt, welches vielleicht sogar ein Privater macht, das wäre das andere Parkhaus. Das kann man nicht verbinden. Ich glaube, man hätte auch nicht Freude, wenn man plötzlich ein Parkhaus hat, welches X Millionen kostet, wo man sagt, da hängt noch ein Steg dran und ihr könnt nur alles nehmen oder nichts. Das ist nicht das, was man will, man will über einzelne Projekte abstimmen und das ist übrigens auch möglich und technisch überhaupt kein Problem. Man kann dann ein Parkhaus bauen und das vorsehen – kein Problem. Aber solche Projekte müssen wir einzeln auflegen, am Schluss auch einzeln dem Volk zur Abstimmung bringen und nicht als Gesamtpaket, denn das wäre etwas Unfares.

GR Leuch: Ich glaube auch, dass man es einzeln bringen muss. Ihr wart jetzt in der Klausur und habt das ganze Klein Venedig angeschaut. Ich denke, man kann schon über einzelne Projekte abstimmen. Aber was für dieses Gebiet wichtig ist, man darf das Ganze nicht aus dem Blick verlieren. Ob man es jetzt noch ein paar Jahre nach hinten schiebt, spielt überhaupt keine Rolle. Aber dann hat man noch die grössere Sicht über das Ganze, was dort unten passieren soll. Dann kann man den Steg, wenn es ihn einmal geben soll, am richtigen Ort platzieren, denn da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Ich denke, man kann nur gewinnen, wenn wir es jetzt streichen. Das heisst nicht, dass man den Steg nicht bauen soll. Aber ich denke, man ist jetzt zu früh mit diesem Projekt. Ich denke, man muss wirklich schauen, was in diesem ganzen Raum dort unten passiert, dann kann man Detailentscheide treffen, ob man das will oder ob man das nicht will.

SR Zülle: Entschuldigung, jetzt muss ich doch noch einmal, wenn man sagt, es spielt keine Rolle; es spielt eine Rolle. Es spielt eine Rolle von CHF 1.3 Mio., die der Bund bezahlt, wenn wir es in der richtigen Zeit machen. Wenn wir es in zehn Jahren machen, gibt es diese Bundesgelder ziemlich sicher nicht mehr. Also spielt es schon eine Rolle. Die Planungsphase ist von 2018-2022, in dieser Zeit müssen wir es planen. Die Realisierung ist im Jahr 2027 – das ist vorgegeben. Es ist ein Aggloprogramm, welches vom Bund abgesegnet ist, wofür wir Gelder gesprochen erhalten. Da können wir es nicht einfach machen, wann wir wollen. Man kann schon, aber dann verlieren wir das Geld dafür. Übrigens – das ist vielleicht ein anderes Thema – haben wir selbstverständlich den Workshop gehabt. Wir wissen, was wir dort unten machen und dieser Steg würde noch so gut passen, das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Da unten gibt es eine gescheite Sache.

Abstimmung: Der Antrag der FDP/EVP-Fraktion wird mit **21 Ja-Stimmen** gegen 14 Nein-Stimmen **angenommen**.

Seite 22, Finanzkennzahlen erster Priorität, Selbstfinanzierungsgrad

Der Ratspräsident: Wie der Kommissionspräsident bereits erwähnt hat, muss es bei den Finanzkennzahlen auf Seite 22 Budget 2019 heissen.

Beilage A, Einzelnachweis Erfolgsrechnung Budget 2019, funktionale Gliederung

Seite 22, Position 3290.3511.00 Einlage in Kunstfonds EK

GR Forster: Anfang des Jahres waren noch CHF 2 auf dem Konto, das fand ich noch schön, immerhin noch CHF 2. Ich stelle mir einen Kunstfonds in etwa so vor: Sie gehen an eine Ausstellung, sehen ein Bild und müssen wahrscheinlich relativ schnell entscheiden können, ob etwas gekauft oder jemand unterstützt wird. Daher denke ich, CHF 35'000 ist nicht wirklich ein grosser Haufen. Vorhin haben wir von ganz anderen Summen gesprochen. Dann ist mir das mit den leeren Ladenlokalen eingefallen und dass es auch die Idee gibt, Künstler in diese Läden zu bringen. Nicht zuletzt dort sollte man dann vielleicht schneller entscheiden kön-

nen. Wenn das wirklich einmal zum Spielen kommt und Leute da sind – was auch wieder eine Belebung des Detailhandels, des Boulevards und der Hauptstrasse bedeutet – möchte ich beantragen, diesen Betrag auf CHF 50'000 zu erhöhen, damit ein bisschen mehr drin ist und man auch ein bisschen mehr herausholen kann. Ich stelle den Antrag, diesen Betrag um CHF 15'000 zu erhöhen und hoffe, dass noch jemand gleicher Meinung ist.

Vize-STP Raggenbass: Das freut mich natürlich ungemein. Ich möchte nur klarstellen, dass wir die Nutzung der Läden und die Künstler, die dort sind, nicht mit diesem Geld fördern können. Bilder, welche sie produzieren, können wir mit dem Kunstfonds kaufen. Aber wir können nicht den Laden als solches oder das Projekt unterstützen. Einfach damit hier keine Missverständnisse entstehen.

GR Brändli: Haben denn diese CHF 35'000 in früheren Jahren gereicht oder seid ihr einmal knapp bei Kasse gewesen?

Vize-STP Raggenbass: Man streckte sich nach der Decke, wie es so schön heisst. Bei grösseren Projekten, wo es nicht direkt um den Einkauf von Kunstobjekten ging, wurde beim Stadtrat nachgefragt, Spezialprojekte zu unterstützen. Ich denke an Deckung des Stadtraums, das gehört in diesen Kunstfonds hinein. Bei grösseren Sachen wurde unterschieden zwischen dem Kauf eines Kunstwerks und grösseren Projekten, welche zusätzlich unterstützt werden können. So hat man die Möglichkeit, noch werthaltiger schöne Sachen kaufen zu können.

Abstimmung: Der Antrag von GR Forster wird mit **18 Ja-Stimmen** gegen 16 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung **angenommen**.

Seite 25, Position 3412 Bodensee-Arena

GR Neuweiler: Die Änderungen bezüglich der Kundschaft bedingen eine neue Eigentümerstrategie. Kann der Stadtrat sagen, wann diese in etwa in Kraft ist?

Vize-STP Raggenbass: Wir sind mittendrin, der vorhin erwähnte Workshop war dabei ein ganz wichtiger Teil. Zurzeit werden durch die Planer, den Stadtrat und den VR der Bodensee-Arena verschiedene Ergebnisse ausgearbeitet. Wir rechnen damit, in der Gemeinderatssitzung vom Dezember berichten zu können.

Seite 36, Position 5720.4260.60 Rückvergütungen Spitalkosten nicht versicherte Ausländer

GR Dufner: Wie bereits angekündigt, beantrage ich hier die Budgetkorrektur, statt CHF -10'000 CHF -110'000 aufzunehmen. Es handelt sich um eine Korrektur, welche der Stadtrat im Rahmen der FRK-Sitzung bereits gemacht hat, daher stelle ich den Antrag der FRK hier nur noch formell.

Abstimmung: Der Antrag der FRK wird **einstimmig angenommen**.

Seite 38, Position 615 Gemeindestrassen

GR Neuweiler: Ich hatte das Vergnügen, drei Jahre lang von einer Sanierung betroffen zu sein. Ich bin für gute Strassen, ich bin auch für gute Trottoirs, für gute Radwege, sie können von mir aus auch perfekt sein. Aber wenn man das Perfekte noch perfektioniert, wird es schwierig. Da bitte ich die Bauverwaltung, in Zukunft bei der Strassenraumgestaltung einen Gang zurückzuschalten. Ich habe es mit der Bauverwaltung schon mehrmals diskutiert. Man hat den Hang dazu, alles noch perfekter zu machen, und manchmal ist das Perfekte vielleicht ein bisschen zu viel. Vielleicht könnte man hier einen Gang zurückschalten, sodass die Strassen noch gut und auch perfekt sind. Ich finde, das ist bei der Sonnenwiesenstrasse, die eine Industriestrasse ist, zum Teil passiert. Einfach einen Gang zurück und nicht mehr alles ganz perfekt.

Seite 41, Position 6152.3111.01 Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge

GR Dufner: Hier geht es um die Stromtankstellen, von denen vorhin die Rede war. Von der FRK wird der Antrag gestellt, diese Budgetposition auf CHF 5'000, also um CHF 64'500 zu senken, weil man der Auffassung ist, dass die Infrastruktur nicht von der Parkplatzbewirtschaftung aus der Spezialfinanzierung bezahlt, sondern aus dem normalen Budget finanziert werden soll, weil eine Stromtankstelle nicht zur Parkplatzanlage als solches gehört, sondern über die Technischen Betriebe als Marketing- oder Luftreinhaltmassnahme verrechnet wird. Es ist auch so, dass die Erträge aus dem Stromverkauf dieser Tankstellen an die Technischen Betriebe gehen, welche den Strom auch liefern. Wie heute zu lesen war, wurde an der Bleichstrasse eine neue Stromtankstelle eröffnet, eine gibt es seit Kurzem an der Marktstrasse, an der Nationalstrasse und bei den Technischen Betrieben. Weitere Stromtankstellen sind an der Seestrasse und an der Bahnhofstrasse geplant. Dieser Antrag wird vonseiten der FRK mit 5 Ja, gegen 2 Nein bei 1 Enthaltung gestellt.

SR Beringer: Die Technischen Betriebe haben für den Aufbau einer Basisladeinfrastruktur ein Konzept erstellt. Das gehört auch ein bisschen zur Energiestrategie, welche wir verfolgen und mit der wir die Elektromobilität gerne fördern möchten. Ich glaube, hier sind wir uns alle einig und alle sind dafür, dass wir dabei einen Schritt vorwärtsgehen. Nun geht es um die Finanzierung von solchen Ladestationen. Wir sind davon ausgegangen, wenn man eine Ladestation auf einen Parkplatz stellt, ist dies ein Bestandteil der Infrastruktur des Parkplatzes. Diese kostet ein paar Franken. Das zweite sind die Energielieferung und die Leistung. Wir haben gesagt, damit die Technischen Betriebe nicht alles aus eigener Hand finanzieren müssen, soll die Infrastruktur, welche auf dem Parkplatz ist, von denjenigen finanziert werden, welche den Parkplatz auch nutzen, sprich von den parkierten Fahrzeugen. Auch ein Elektromobil nutzt den Parkplatz. Dann haben wir die Rechnung gemacht. Wenn ich eine AC-Ladestation habe, die 22 kW liefert und ein Auto für eine Ladung abstelle, dann gibt das einen Ertrag von CHF 0.30 pro Kilowattstunde. So verdienen die Technischen Betriebe in einem Jahr CHF 1'533.

Aber was kostet das die Technischen Betriebe? Die Technischen Betriebe müssen die Energie liefern, sie müssen einen Leistungspreis und eine Lizenzgebühr bezahlen, weiter Servicekosten usw. Dies ergibt für das gleiche Fahrzeug einen Aufwand von CHF 3'321. Das heisst, im ersten Jahr haben wir einen Verlust von CHF 2'300 und dies zieht sich über mehrere Jahre hinweg. Das heisst, bei dieser Ladestation haben die Technischen Betriebe immer wieder einen Verlust. Bei der EC-Ladesäule sieht es noch prekärer aus, denn da haben wir noch höhere Leistungen. Dort verdienen zwar die Technischen Betriebe, wenn sich zwei Teslas aufladen, rund CHF 6'500 pro Jahr, müssen aber für die Leistungen, welche sie für diese Ladestation erbringen müssen, selber CHF 12'000 bezahlen. In den ersten Jahren rechnen wir nicht mit grossen Mengen an Fahrzeugen, welche zum Aufladen kommen. Aus diesem Grund haben wir uns überlegt, die Infrastruktur dem Verursacher zu verrechnen. Die Leistung und der Verlust aus der elektrischen Leistung würden die Technischen Betriebe übernehmen. Das ist der Grund, warum wir es über die Spezialfinanzierung Parkplatz haben laufen lassen.

GR R. Herzog: Ich glaube, hier liegt auch ein bisschen ein Missverständnis oder eine Unklarheit vor. Die Mitglieder der FRK, welche diesen Antrag gestellt und jene, die ihn unterstützt haben, hatten nicht die Meinung, dass diese CHF 64'500 aus dem Budget gestrichen werden müssen. Es wird einfach bezweifelt, dass dies die richtige Position ist. Deshalb müsste man hier eigentlich nicht nur einen Streichungsantrag stellen. Der Stadtrat müsste jetzt auch sagen, wo dieser Betrag danach hineingenommen wird. Jetzt müssen wir eigentlich zwei Entscheide fällen. Wenn wir es hier herausstreichen, müssen wir es anderswo hineinnehmen, sonst haben wir sie nämlich ganz gestrichen. Dies sollte uns bewusst sein. Wir dürfen nicht einfach darüber abstimmen, diese CHF 64'500 zu streichen, sonst sind sie ganz weg, ausser wir wollen das so.

GR Portmann: Ich habe eine Verständnisfrage. Wir sprechen hier über die Finanzierung aus der Spezialfinanzierung Parkplätze. Verstehe ich es korrekt, dass wenn einer seinen Tesla auflädt, er gleichzeitig auch Parkplatzgebühren bezahlt für den Platz, auf dem er steht?

SR Beringer: Ja.

GR Neuweiler: Im Moment sprechen wir von relativ kleinen Zahlen. Aber angenommen, die E-Mobilität setzt sich durch, was zwar im Moment noch nicht absehbar ist. Die Stadt baut vielleicht einmal ein Parkhaus, das bedeutet, dort muss es dann Ladestationen haben. Jetzt frage ich mich, wenn die Technischen Betriebe diese mit Verlust betreiben, ob ich das am Schluss mit meinem Haushaltstrom oder Geschäftsstrom quersubventionieren muss. Deshalb finde ich es im Moment besser, es bei den Parkplätzen zu lassen. Ich habe keine Lust, am Schluss mit meiner Stromrechnung noch die Aufladung des Teslas oder Pandas zu bezahlen. Daher finde ich, im Moment wäre es hier nicht so schlecht.

GR R. Herzog: Ich glaube, jetzt gibt es gleich wieder ein Missverständnis. Das Minus, welches vorhin erwähnt wurde, hat mit dem gar nichts zu tun. Das Minus entsteht bei den Technischen Betrieben durch das, was sie einnehmen, wenn du oder jemand anderes Strom zapft im Vergleich zu dem, was sie an Kosten für das Betreiben haben. Hier geht es aber nicht um das Betreiben dieser Anlage. Das sind zwei verschiedene Sachen.

GR Hummel: Der Antragsteller in der FRK hatte explizit die Idee, die Kosten den Technischen Betrieben als Marketingmassnahme zu belasten.

GR Neuweiler: Es geht doch darum, wer das Aufstellen finanziert. Der Betrieb danach ist klar, diesen kann man abrechnen. Aber warum sollen die Technischen Betriebe in den Parkhäusern Plätze finanzieren oder das Defizit tragen und nicht derjenige, der sein Auto dort parkt? Jetzt sind es noch zwei Plätze, in zehn Jahren vielleicht aber 100 Plätze. Diese Logik ist mir noch nicht so ganz klar.

GR R. Herzog: Das von dir zitierte Minus ist nicht in dem Zusammenhang mit dem Beitrag der CHF 64'500. Ich gebe dir durchaus Recht, dass wenn irgendjemand Strom für sein Auto bezieht, nicht bei den Technischen Betrieben ein Minus entstehen soll. Sonst bezahlt jeder, der kein Auto oder kein E-Auto hat, das mit und das wäre nicht richtig. Aber hier geht es gar nicht um das. Diese CHF 64'500 haben mit dem nämlich nicht direkt etwas zu tun, damit wir Klarheit haben, über was wir abstimmen.

GR Hebeisen: Können wir es nicht ein bisschen vereinfachen, denn ich habe den Eindruck, wir sind alle gleicher Meinung. SR Beringer hat völlig richtig sachgerecht dargelegt, warum es in der Budgetposition Spezialfinanzierung am richtigen Ort ist. GR Neuweiler hat es ergänzend begründet, ob er es ganz oder nur teilweise verstanden hat, ist egal. Aber die Idee, die er gebracht hat, ist richtig. Es ist hier am richtigen Ort. Offenbar war in der FRK die Alternative, dass man es den Technischen Betrieben als Werbekosten aufbürdet, das ist ein bisschen eine abstruse Idee. Irgendwo müssten wir es sonst unterbringen. Also haben wir jetzt die richtige Idee, wie SR Beringer es dargelegt hat und wir haben keine Idee, wo man es besser unterbringen könnte. Also stimmen wir doch ab. Wir sind ja alle der gleichen Meinung. Worüber reden wir denn noch?

Abstimmung: Der Antrag der FRK wird mit 4 Ja-Stimmen gegen **29 Nein-Stimmen** bei 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

Seite 45, Position 6310.3634.00 Beitrag Bodenseeschiffahrtsbetrieb

GR Forster: Ich habe eine Verständnisfrage. Bekommt Untersee und Rhein nichts? Bodenseeschiffahrtsbetriebe sind ja die, die hinauffahren, aber es gibt noch eine andere Gesellschaft.

SR Beringer: Beide bekommen etwas, beide Leistungsvereinbarungen werden berücksichtigt. Das Konto heisst einfach Bodenseeschiffahrt, aber Untersee und Rhein ist auch dabei.

GR Forster: Ich stelle den Antrag, den Betrag in diesem Konto auf CHF 30'000 zu erhöhen. Das Plus von CHF 4'000 für die Leute, welche diesen Holzdampfer machen wollen. Denn dieser fährt dann auch bis Kreuzlingen und touristisch bringt das etwas für Kreuzlingen. Es gibt im Schaffhausischen eine Raddampfergesellschaft, diese sind an der Planung dieses Holzdampfers und die suchen natürlich Geld. Dieser soll dann von Schaffhausen nach Kreuzlingen fahren. Ich denke, ein Raddampfer ist touristisch sehr interessant. Wenn man dieses Konto um CHF 4'000 erhöht, könnte man ihnen diese CHF 4'000 zukommen lassen und in Zukunft unter diesem Konto auch erwähnen. Dies ist ein Antrag.

Abstimmung: Der Antrag von GR Forster wird mit **18 Ja-Stimmen** gegen 17 Nein-Stimmen **angenommen**.

Seite 57, Position 9630.3430.40 Liegenschaftsunterhalt

GR Brändli: Jetzt haben wir überall ausgegeben, jetzt können wir auch wieder ein bisschen sparen. Im Budget sehen wir nur den Betrag von CHF 235'000, aber in der Beilage der FRK vom 13. September 2018 war noch dieses Papier dabei, dort ist in Zeile 13 ein bisschen ein Kuriosum. Es steht „Abbruch Irseeweg 10 (oder 1/2?)“ und ein Betrag von CHF 30'000. Niemand weiss, um was es geht. Ist es ein Abbruch, obwohl wir hier im Konto Liegenschaftsunterhalt sind? Dann gehe ich davon aus, dass es CHF 30'000 für den Erhalt dieser Liegenschaft sind. Kurz noch, welche Liegenschaft gemeint ist: Auf dem Weg vom Irseeweg an die Konstanzerstrasse ist der schöne Baum auf der Brücke, der die Brücke hält. Es ist das ältere Gebäude rechts davon, wo wahrscheinlich GR Forster früher darin arbeitete. Es geht um dieses Werkgebäude, welches an und für sich noch in einem guten Zustand ist. Im Moment wird es durch Martin Hemmy, Strassenreiniger bei uns in Emmishofen als Lager- und Znüniraum gebraucht. Ich sehe nicht ein, dass man dieses Gebäude jetzt abbricht. Die Stadt meint, es werde für CHF 30'000 abgebrochen. Man kann es durchaus stehen lassen und irgendwann einmal in Betracht ziehen, wenn man definitiv weiss, was man damit machen will. Ich stelle den Antrag, diese CHF 30'000 zu streichen. Der Stadtrat soll das in einer vorberatenden Kommission beraten. Wie man es auch beim Gewässerschutz sieht, vielleicht hat es etwas mit Gewässerschutz zu tun, vielleicht hat es auch etwas mit der Brücke zu tun. Ich möchte auch noch sagen, wenn ihr irgendwo im Budget einen Betrag versteckt habt, um diese Brücke abzubauen, müsst ihr es jetzt auch sagen, dann streichen wir diesen auch. Der Gemeinderat will zuerst wissen, was ihr effektiv machen wollt, nicht dass ihr irgendwo versteckte Summen habt und meint, ihr könnt es durchschmuggeln. Also bitte ich euch, den Antrag dieser CHF 30'000 heute einmal zu streichen. Dann soll der Stadtrat zukünftig in der entsprechenden Kommission vorstellen, was er genau machen will. Nächstes Jahr können wir wieder darüber diskutieren.

Vize-STP Raggenbass: Ich nehme diesen Ball gleich auf, der Bagger wird nicht gleich auffahren. Wir haben uns schon sehr viele Gedanken über das ganze Areal gemacht. Wir nehmen den Vorschlag von GR Brändli gern auf und werden schauen, wie man den Erhalt und die Nutzung machen könnte, und werden es der Kommission nochmals vorlegen.

Abstimmung: Der Antrag von GR Brändli wird **einstimmig angenommen**.

GR Brändli: Erst einmal besten Dank. Ich gehe davon aus, dass wenn irgendwo im Budget noch etwas wegen des Abbruchs der Brücke versteckt ist, das damit auch gestrichen ist. Ich habe es nirgends gefunden, ich gehe einfach davon aus. Ihr würdet es einfach dementsprechend noch korrigieren.

Beilage B Beiträge Budget 2019

Finanzplan 2019 – 2022

Der Ratspräsident: Meiner Meinung nach erhält der Finanzplan dadurch, dass wir so grosse Projekte vor uns haben, immer mehr Gewicht. Ich möchte deshalb die Möglichkeit eröffnen, sich vorgängig zum Finanzplan äussern zu können. Gibt es Meinungen zum Finanzplan?

GR Dufner: In meiner Funktion als FRK-Präsident darf ich noch aus der Sitzung der FRK zum Finanzplan berichten. Wenn man den Finanzplan anschaut, sieht man, dass wir im entsprechenden Planungshorizont 2019 – 2022 Nettoinvestitionen von rund CHF 151 Mio. ausgewiesen haben. Man kann darin auch nachlesen, dass der Schuldenabbau ab 2028 im Umfang von jährlich CHF 5 Mio. geplant ist. Dies soll am Schluss dazu führen, dass wir im Jahr 2040 wieder auf eine tragbare Verschuldungsbasis kommen. Nicht ein Nettovermögen, wie wir es heute haben, aber einfach eine tragbare Verschuldung. Dies alles basiert auf einem mittleren Szenario. Man muss Annahmen treffen. Der Finanzplan ist auch ein bisschen wie ein Finger in die Luft gestreckt – nicht nur, aber auch. Je nachdem, ob man die Annahmen so oder anders trifft, kommt das Resultat anders heraus. Man muss daran denken, wenn die Steuern nicht so fließen, wie man es jetzt plant, kann das die ganze Geschichte aus dem Gleichgewicht bringen. Wenn wir bei der Sozialhilfe plötzlich viel höhere Ausgaben haben, als wir es jetzt annehmen, ist es gleich. Wie viel Auswirkungen die Steuervorlage 17 auf den Gemeindehaushalt haben wird, weiss man noch nicht. Das sind alles ein bisschen Unsicherheitsfaktoren. Man muss einfach wissen, dass man bei diesem Finanzplan von einem mittleren Szenario ausgegangen ist. Es ist nicht eine ausgesprochen vorsichtige, aber auch nicht eine besonders aktive oder risikobefrachtete Planung. Wenn es um das Jahr 2040 geht, muss man sich einfach ein bisschen im Klaren sein, dass wir von der nächsten Generation, von den nächsten Politikern und der nächsten Bevölkerungsgeneration sprechen. Wenn es darum geht, dass diese einem Gemeinderat wieder folgen können und beispielsweise den Kunstfonds um CHF 15'000 erhöhen, ist klar, man hat unter Umständen nicht mehr die gleichen Möglichkeiten. Die strategische Ausrichtung, was man mit grösseren Projekten machen will, wie man

die Stadtentwicklung weiter bringen will, ist auf dieser Basis, auf diesen Entscheidungen, die wir jetzt gefällt haben, mit den anstehenden Grossprojekten im Prinzip ab 2040 wieder möglich. Bis dahin ist es nicht möglich, dass man grössere Sachen anpacken kann. In der Diskussion in der FRK ist einerseits die Spange Bättershausen unklar. Die Überdeckungen sind verhältnismässig teuer. Es hängt davon ab, wie viel man überdeckt, auch dort ist eine gewisse Unsicherheit drin. Auch das Parkhaus Hafnenbahnhof gab Anlass zu Diskussionen. Beim Planungskredit sprach man einmal von CHF 8 Mio., jetzt spricht man von 50 % mehr, also über CHF 12 Mio. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass in den letzten paar Jahren der Bereich Kultur, Sport und Freizeit im Rahmen der Ausgaben um 26 % gewachsen ist. Das sind alles Punkte, die man im Hinterkopf behalten sollte, wenn man den Finanzplan anschaut.

GR Rüedi: GR Salzmann hat mich aus meiner Lethargie geweckt und gesagt, dass wir noch eine Fraktionsmeinung zum Finanzplan haben. Wir danken dem Stadtrat für diese ausführliche und informative Dokumentation. Der Kommissionspräsident hat es vorhin gesagt, man kann auch ein bisschen den Finger in die Luft strecken, man kann auch sagen, man schaut mit diesem Finanzplan auch ein bisschen in die Kristallkugel. Wir probieren einfach zu erraten, wie es der Stadt in 30 Jahren gehen wird, ob wir dann ein Nettovermögen oder noch eine Nettoschuld haben – aktuell haben wir noch ein Nettovermögen von CHF 40 Mio. Wir begrüssen die rollende Planung des Stadtrats, dass er den Finanzplan wieder einmal angeschaut und die mittelfristigen Investitionen von 2023 – 2027 um etwa CHF 25 Mio. reduziert hat. Hier einige Stichworte: Aufwertung Klein Venedig, vielleicht hat hier die Klausurtagung des Stadtrats etwas gebracht und etwas genützt. Was auch herausgefallen ist, ist die Bahnüberführung Promenadenstrasse mit rund CHF 13.5 Mio., die Verlegung der Fussballplätze Klein Venedig mit CHF 10 Mio. ist nun auch draussen, und auch das Parkhaus Hörnli Seezelg schlägt mit minus CHF 8 Mio. zu Buche. Es ist natürlich so, dass gewisse politische Kreise keine Freude haben werden an Sachen, welche neu angezeigt werden, nämlich Spange Bättershausen mit CHF 8.5 Mio. oder zusätzliche Überdachungen Oberlandstrasse mit CHF 8 Mio. Diese wurden neu in die mittelfristige Planung aufgenommen. Unsere Fraktion ist hier aber dezidiert der Meinung und davon überzeugt, dass diese Strassen wichtig und geradezu unerlässlich sind, um die Stadt Kreuzlingen vom Verkehr zu entlasten. Unsere Fraktion ist zumindest dieser Meinung. Es ist klar, dass die ganze Planung auf Parametern beruht, das haben wir auch gehört. Die wichtigsten Parameter mit dem grössten Upside- und Downside-Potenzial sind einerseits die Steuereinnahmen und die Ausgaben in der öffentlichen Sozialhilfe. In einer Zeitung, ich weiss nicht mehr in welcher, habe ich das Wort Investitionstsunami der Stadt Kreuzlingen gelesen. Ich weiss nicht, wer dieses kreiert hat. Ich hoffe einfach, dass diese Investitionen für die Stadt Kreuzlingen nicht diese zerstörerische Wirkung haben wie ein Tsunami. Genehmigt sind das Stadthaus mit Tiefgarage und Neugestaltung der Festwiese sowie das Familien- und Freizeitbad Egelsee, diese beiden Brocken sind etwa CHF 70 Mio. und diese sind durch die Volksabstimmung hindurch. Es gibt aber weitere geplante Investitionen für CHF 81 Mio., die in diesem Finanzplan bis Ende 2022 enthalten sind. Da hoffe ich einfach, dass nicht alle diese Investitionen kommen werden. Ich

glaube, wir sollten uns nicht durch die guten Rechnungsabschlüsse in den letzten zehn Jahren verleiten lassen und euphorisch werden. Wir sollten auch die Bodenhaftung mit den Investitionen nicht verlieren. Die angezeigten verzinslichen Schulden würden, wenn es nach dem Finanzplan geht, Ende 2027 CHF 123 Mio. betragen. So hohe Bankschulden sind aus meiner Sicht nicht wünschenswert, wenn man eine verantwortungsvolle und nachhaltige Politik macht. Die langfristige Planung in diesem Finanzplan sagt, dass wir ab 2028 15 Jahre lang jedes Jahr CHF 5 Mio. Schulden abbauen werden. Aber wer sagt uns, dass unsere Kinder bereit sind, diese Schulden so zurückzuführen? Sind sie denn nicht auch berechtigt, in 20 oder 30 Jahren auch einmal ein schönes, tolles Projekt zu haben? Nein, wir binden sie und sagen, ihr müsst 20 oder 30 Jahre lang CHF 5 Mio. Schulden pro Jahr abbauen. Oder CHF 75 Mio. in 15 Jahren. Ich glaube, dieses Investitionsverhalten einer Politikergeneration ist eher problematisch und ich hoffe, dass das Stimmvolk in den kommenden Jahren ein bisschen Gegensteuer geben und eine gescheite Priorisierung der Investitionen vornehmen wird. Damit auch wir, die jetzt hier sitzen und beraten, noch das Vergnügen haben, einen passablen Anteil an der Selbstfinanzierung der bevorstehenden Investitionen zu bezahlen, halte ich es trotz der guten Überschüsse, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, trotz des erwarteten Überschusses 2018 von rund CHF 2 Mio., trotz des Überschusses im Budget 2019 für richtig, den Steuerfuss nicht zu senken. Das ist geradezu die Quadratur des Kreises, dass man sagt, man investiere viel und senke den Steuerfuss. Diese Quadratur des Kreises, wir haben es diese Woche im Fernsehen und in den Medienmitteilungen gesehen, gelingt höchstens den Politikern unseres südlichen Nachbarlands. Das heisst, sie versprechen mehr staatliche Leistungen, sie senken das Rentenalter und reduzieren trotzdem die Steuern, das ist doch eigentlich eine bemerkenswerte Leistung, dies bei einer Staatsverschuldung des 1.3-fachen des Bruttoinlandsprodukts. Es gibt von der EU Konvergenzkriterien, sogar Verträge, welche laut dieser Voten nicht eingehalten werden müssen, welche eine Maximalverschuldung von 0.6 % des Bruttoinlandsprodukts vorsehen. Das heisst, man ist über dem 2-fachen dieser maximalen Verschuldung. Man hat gesehen, der Finanzminister ist parteilos und hat ein bisschen einen ratlosen Eindruck gemacht. Es gibt sicher einfachere Jobs, die man haben kann, als Finanzminister unseres südlichen Nachbarlands zu sein. Was bleibt noch zum Schluss von mittlerweile etwa 20 Budgets der Stadt Kreuzlingen, welche ich miterlebt habe und auch am Schluss dieses letzten Budgets? Es bleibt mir im Prinzip die Hoffnung. Die Hoffnung, dass es nicht so kommen wird, wie in diesem Finanzplan angezeigt wird, sondern die Hoffnung, dass es besser kommen wird, als hier steht.

GR R. Herzog: Für unsere Fraktion stehen eigentlich zwei Gesichtspunkte im Zentrum des Finanzplans. Nämlich einerseits ist es sicher so, es werden Ausgaben und damit finanzielle Belastungen, welche wir und künftige Generationen tragen müssen, angezeigt. Es gibt aber, wie ich vorhin schon gesagt habe, immer auch einen Gegenwert. Einen Gegenwert, der an sich schon auch einen Wert hat, sei es im Sinn einer Attraktivität mit den auch erzeugten positiven fiskalischen Effekten. Auf der anderen Seite ist es wirklich ein Finanzplan. Im Unterschied zu vor vielleicht 15 Jahren werden hier sehr langfristige Sachen angezeigt. Es wird an-

gezeigt, was man machen könnte, worüber man sich Gedanken macht, was man eventuell einmal verwirklichen möchte. Aber wir sind uns alle bewusst, es wird X-Entscheidung von uns und vom Volk brauchen, was man genau macht und was man vielleicht eben auch nicht macht. Insofern ist es wichtig, dass man den Blick in die weitere Zukunft wirft. Man muss jetzt aber auch nicht in ein Lamentieren verfallen und sagen, es kommt alles ganz schlimm und wir laufen in CHF 123 Mio. Schulden hinein. Das ist immer nur dann der Fall, wenn wir zu alledem ja sagen, und wir haben alle die Möglichkeiten, diese Steuerungen vorzunehmen, im richtigen Moment zum Richtigen ja oder nein zu sagen. Insofern ist es ein Steuerungsinstrument, eine Anzeige für uns, wo es hingehen könnte. Es bedeutet noch lange nicht, dass es dorthin geht.

GR Forster: Ich erlaube mir zu dieser Thematik eine Frage, welche eigentlich mich interessiert. Vielleicht auch, um mein schlechtes Gewissen zu erleichtern, wenn ich da ein bisschen zu viel ... – GR Dufner. Als ich das 2007 und 2008 bereits fragte – das war die Zeit der Finanzkrise –, sagte Andreas Netzle, die lokalen Banken bezahlen weniger, das mache etwa CHF 1 Mio. aus, weil sie keine Steuern mehr bezahlen oder nicht mehr bezahlen müssen. Hat sich das jetzt wieder eingependelt und kann man sagen, dass von dieser Seite wieder etwas an Steuerfranken fliesst?

STP Niederberger: Wir sehen die Zahlen und die Entwicklung bei den juristischen Personen. Aber welches Unternehmen wie viel Steuern bezahlt, weiss ich persönlich nicht. Daher kann ich keine Auskunft geben, ob die Banken mehr oder weniger bezahlen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung: Das Budget 2019 der Stadt Kreuzlingen wird mit **33 Ja-Stimmen** gegen 2 Nein-Stimmen **genehmigt**.

Verschiedenes

4. Verschiedenes

4.1 Glückwünsche zur Geburt

Der Ratspräsident: GR Elina Müller hat sich heute Abend entschuldigt. Sie ist im August Mutter eines Sohns geworden und ich möchte ihr im Namen des Gemeinderats den Blumenstrauß hier vorne überbringen lassen. GR Brüllmann hat sich bereit erklärt, ihr diesen zu bringen. Ich bin immer frühmorgens schon weg, sonst hätte ich ihn ihr gern selbst gebracht. Wir wünschen Elina alles Gute und viel Glück in ihrer Muttertätigkeit.

4.2 Eingang schriftliche Anfrage zur künftigen Nutzung städtischer Liegenschaften und Grundstücke an der Marktstrasse

Es ist eine schriftliche Anfrage der SP/Gewerkschaften/Juso eingegangen zur künftigen Nutzung der städtischen Liegenschaft an der Marktstrasse.

4.3 Eingang schriftliche Anfrage zur Südumfahrung gemäss Art. 49 des Geschäftsreglements des Gemeinderats

Im Weiteren ist eine schriftliche Anfrage der Fraktion FDP zur Südumfahrung gemäss Art. 49 des Geschäftsreglements des Gemeinderats eingegangen. Was darin steht, können sie dann dem Protokoll entnehmen.

4.4 Boulevard

GR Neuweiler: Beim Boulevard sind wir der Meinung, wenn dieses Theater noch lange so weitergeht, hat der Stadtrat die Möglichkeit, eine Botschaft auszuarbeiten und diese Frage durch das Stimmvolk klären zu lassen. Denn das, was jetzt abgeht, finde ich und auch unsere Fraktion langsam unerträglich. Irgendwann muss einmal ein Problem entschieden werden, da gäbe es Möglichkeiten. So Mitte nächstes Jahr wünschen wir uns, dass dort Klarheit herrscht. Sonst gäbe es noch den Weg einer Volksabstimmung einer Botschaft durch den Stadtrat.

4.5 Parkplatzsituation Überbauung Stella

GR Portmann: Ich habe noch eine Frage. Man hat in Kreuzlingen an der Breitenrainstrasse eine wunderschöne Überbauung gebaut, diese heisst Stella. Seit geraumer Zeit ist von der Garage Schlauri bis zur Sternwarte praktisch alles vollparkiert. Laut Nachfrage beim Vermieter der Parkplätze der Wohnungen sind sage und schreibe 28 % der Parkplätze vermietet, der Rest nicht. Diese parkieren alle am Strassenrand. Ich selbst wohne nicht dort, fahre aber oft durch, weil meine Eltern dort wohnen. Wir sind dort in einer Situation, wo man weder in die Erlenstrasse noch in die Ahornstrasse fahren kann, weil die Autos bis in die Kreuzung hinein und weiter hinten parkieren. Ich glaube, dieses Problem sollte man einmal in Angriff nehmen.

4.6 Brücke Klein Venedig

GR Brändli: Ich möchte nochmals kurz auf den Rosthaufen zurückkommen, nämlich die Bahnüberführung Klein Venedig. SR Zülle hat gesagt, er wisse nicht, wem dieser gehört. Das kann es doch nicht sein. Ich bitte schon darum, die Besitzverhältnisse zu klären und je nachdem, wem er gehört, auch die Statik zu überprüfen. Wenn es die Stadt ist, soll es in Auftrag geben werden oder sonst beim Besitzer durchsetzen. Ich möchte nicht schwarzmalen, aber Genua brauchen wir in Kreuzlingen nicht.

4.7 Bodensee-Arena / Vorgabe National League

GR Forster: Bei der Bodensee-Arena schreibt die schweizerische National League Sicherheitsbanden vor, die nachgeben. Gibt es solche dort? Gut, GR Hummel hat ja gesagt.

4.8 Plakatständer Kreuzlingen

In der Stadt hängen immer so Plakate für Veranstaltungen. Ich habe das Plakat vom August einmal gelesen. Wer ist dafür zuständig? Dann bekommst du diese Rüge. In der Einbürgerungskommission ist eine Frage immer: Nennen Sie uns drei oder vier grosse Festlichkeiten in Kreuzlingen. Auf diesem Plakat war im August weder das Löwenstrassenfest noch das Sportfischerfest drauf. Es ist eine kleine Rüge, aber es ist eine.

4.9 Jugendsinfonie-Blasorchester

Jugendsinfonie-Blasorchester, früher hiess es Jugendmusik. Diese haben in Valencia bei einem Musikwettbewerb den 1. Platz geholt. Ich denke, dadurch wurden auch Ruhm und Ehre und der Bekanntheitsgrad von Kreuzlingen gesteigert. So viel ich weiss, gibt es in Kreuzlingen einen Kübel, der besondere Leistungen ehrt. Zum Beispiel wenn die Wasserballer Schweizer Meister werden, bekommen sie daraus einen Obolus. Nun sind diese Musikerinnen und Musiker spanischer Meister geworden. Ich bitte deshalb darum, dies zu berücksichtigen, den erwähnten Kübel in die Hand zu nehmen und diesem Verein anerkennend etwas zukommen zu lassen.

4.10 Oktoberfest

Ich habe hier einen Bierkübel. Ich sage es gleich, ich habe ihn gestohlen, also ich bin damit einfach hinausgelaufen. Das sind Gläser vom Konstanzer-Kreuzlinger Deutsch-Schweizer Oktoberfest. Dazu habe ich etliche Gutscheine erhalten, um dieses Glas auch zu füllen. Ich und Roger Schläpfer waren aber die einzigen vom Gemeinderat, die das interessiert hat. Gut, uns war es am Schluss auch egal. Keiner hier im Saal wollte es haben, also sind wir beide gegangen. Ich fand das schade. Die Stadt hat auch dazu eingeladen, dafür möchte ich heute einen lieben Dank aussprechen. Das gilt nicht zuletzt für Frau Abate, sie hatte nämlich den Ärger und den Rummel und die Arbeit damit. Daher gilt für Frau Abate ein Prost.

4.11 Brücke Klein-Venedig

SR Zülle: Ich bin noch eine Antwort schuldig. Die Brücke gehört den SBB. Ich war nur nicht sicher, ob die Deutschen beteiligt sind oder nicht. Die Besitzverhältnisse sind dort ein bisschen schwierig, darum war ich nicht sicher. Ich wusste, dass sie nicht uns gehört, sonst würde sie nicht so aussehen. Mit ein bisschen Geld würden wir sie schön machen, die Bahn macht es nicht. Mir ist übrigens noch etwas aufgefallen. Beim Viadukt die Bergstrasse hinauf haben sie die Hälfte gemalt,

dann haben sie aufgehört, um Geld zu sparen. Ich habe mich aufgeregt und es Ihnen bereits auch gesagt. Sie haben die Betonwand so weit gemalt, wie sie mochten, dann haben sie aufgehört. Ich habe gesagt, da fahren so viele Leute vorbei, das ist doch fast wie ein Tor zu Kreuzlingen. Furchtbar. Wir haben heute viel von Sparen gehört, man kann sich auch zu Tode sparen. Schaut auch, dass das Zeug ein bisschen ordentlich aussieht und dann braucht es halt ein bisschen Geld.

4.12 Toilettenanlage Rathaus

GR Zülle: Gleichberechtigung von Mann und Frau ist in der heutigen Zeit ein grosses, aber auch ein wichtiges Thema. Die Gleichberechtigung ist einfach noch nicht überall vorhanden. Einen Schritt nach vorne mache ich, weil ich als Frau unter Verschiedenes hier im Gemeinderat einmal das letzte Wort haben will. Aber im Rathaus der Stadt Kreuzlingen herrscht auch damit noch keine Gleichberechtigung. Es gibt nämlich ein WC und zwei Pissoirs für Männer, aber nur ein WC für Frauen. Ich wünschte mir, dass hier Gleichberechtigung herrschen würde.

4.13 Saisonöffnung Eislauf

GR Hummel: Es wird Winter. Man glaubt es zwar noch nicht, aber es wird kommen. Am Montag ist Saisonöffnung des öffentlichen Eislaufs. Bereits etwa zum sechsten Mal sponsert der Verein Freunde der Bodensee-Arena am Nachmittag von 13:30 Uhr bis 17:00 Uhr den Gratis Eintritt, die Schlittschuhmiete und einen Zvieri. Bitte verbreitet es weiter, kommt selber, wir freuen uns.

Der Ratspräsident schliesst die Sitzung um 22.10 Uhr.

Beilagen

1. Schriftliche Anfrage zur künftigen Nutzung städtischer Liegenschaften und Grundstücke an der Markstrasse
2. Schriftliche Anfrage zur Südumfahrung gemäss Art. 49 des Geschäftsreglements des Gemeinderats
3. Präsentation Radweg

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Die Vizepräsidentin

Der Stimmenzähler



Kreuzlingen, 28. August 2018

Schriftliche Anfrage zur künftigen Nutzung städtischer Liegenschaften und Grundstücke an der Marktstrasse

Sehr geehrter Stadtrat

Vor dem Hintergrund der von unserer Fraktion eingereichten schriftlichen Anfrage zum Thema des bezahlbaren Wohnraumes in Kreuzlingen im Juni dieses Jahres würden wir diese Thematik am Beispiel der Marktstrasse gerne nochmals aufnehmen.

In der Botschaft „Kreditbegehren für das Gesamtprojekt Neubau eines zentralen Verwaltungsgebäudes (Stadthaus)“ vom 8. September 2016 wurde unter anderem das Nutzungskonzept für die Altliegenschaften der Stadt nach dem Bezug des neuen Stadthauses thematisiert. Die Botschaft sieht vor, dass das öffentliche Interesse bei der Nutzung der Altliegenschaften der Stadt im Vordergrund stehen soll. Bezüglich der Nutzung der Liegenschaften an der Marktstrasse 4 und 6 ist in der Botschaft spezifiziert, dass sich die Nutzung schwergewichtig auf das Wohnen konzentrieren soll, da sich diese Grundstücke in einem Wohnquartier befinden. Als Beispiele für Nutzungsmöglichkeiten der Liegenschaften an der Marktstrasse werden beispielweise Wohnen im Alter, Betreuungseinrichtungen, aber auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes genannt (Botschaft S. 26).

Als Eigentümerin der Liegenschaften an der Marktstrasse stehen der Stadt diverse Möglichkeiten offen, die es ihr ermöglichen, an diesem Standort bezahlbaren Wohnraum zu schaffen (schriftliche Anfrage Juni). Bisher bleibt dieses Kriterium der Botschaft vom September 2016 jedoch unerfüllt. Die Zusage seitens des Stadtrates für ein Nutzungskonzept, welches unter anderem die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes berücksichtigt geht auf klare Forderungen der SP bei der ersten Stadthaus-Botschaft zurück. Daher verfolgen wir die entsprechenden Planungen mit grossem Interesse und setzen uns auch für deren Realisierung ein. Wir sehen den Stadtrat hier klar in der Pflicht, die in der Botschaft genannten Ziele bezüglich der zukünftigen Nutzung der Liegenschaften an der Marktstrasse zu verfolgen.

Wir bitten daher den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind an der Marktstrasse derzeit Projekte zur Schaffung bezahlbaren Wohnraumes geplant?
2. Falls Nein, wie sieht der Zeitplan des Stadtrates zur Umsetzung dieser in der erwähnten Botschaft geäusserten Absichten aus?

Für die Fraktion SP/JUSO/GEW

Gemeinderätin Fabienne Herzog

Kreuzlingen, 04.10.2018

Schriftliche Anfrage zu Südumfahrung gemäss Art. 49 des Geschäftsreglements des Gemeinderats

Uns ist sehr wohl bewusst, dass die Südumfahrung ein kantonales Projekt ist (im Richtplan, und damit behördenverbindlich) und somit die Einflussmöglichkeiten des Stadtrats beschränkt sind. Trotzdem sind wir der Auffassung, dass das Verhalten des Stadtrats in dieser Fragestellung entscheidend ist, ob das Projekt vorangetrieben werden kann oder nicht.

In diesem Zusammenhang stellen wir folgende Fragen:

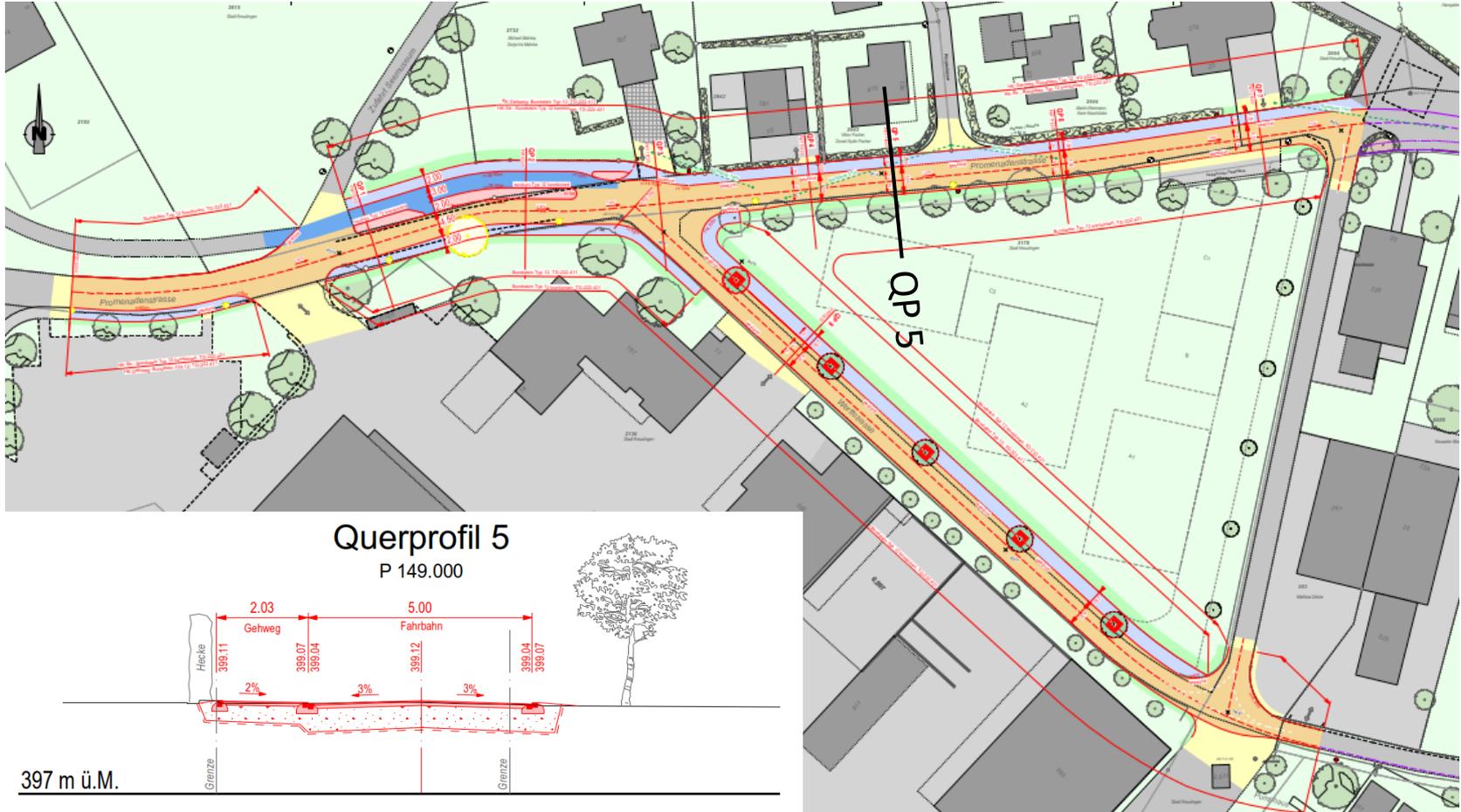
1. Generell: Steht der Stadtrat voll und ganz zu unserer Südumfahrung (Oberlandstrasse und Spange Bättershausen)? Begreift sich der Stadtrat hier als aktiver Mitspieler des Projekts oder lediglich als Zaungast?
2. Unsere geplante Südumfahrung besteht derzeit aus zwei unabhängigen Projekten: der Oberlandstrasse sowie der Spange Bättershausen. Bei der Spange Bättershausen wird ein Beitrag der Stadt erwartet, wie dies im städtischen Finanzplan auch vermerkt ist. Desweiteren hat sich gezeigt, dass die Spange Bättershausen alleine wohl eher nicht gebaut werden würde. Inwiefern setzt sich der Stadtrat dafür ein, dass die beiden Projekte zusammengelegt werden und damit der Beitrag der Stadtkasse - analog Weinfeldern mit seiner BTS – auf null sinkt?
3. Im Kanton gibt es eine politische Verbindung zwischen der OLS und der BTS, so dass die OLS ohne die BTS nicht gebaut werden kann. Die BTS wiederum hängt von Bund ab, so dass die OLS somit indirekt ebenfalls vom Bund abhängt. Setzt der Stadtrat sich dafür ein, dass die politische Verbindung der beiden Strassenprojekte auf kantonaler Ebene aufgehoben wird, so dass wir mit der OLS vorwärts machen können? Wenn ja, welche konkrete Schritte hat der Stadtrat unternommen?
4. Wir haben aus den Medien entnommen, dass in den Gemeinden südlich von Kreuzlingen grosse Vorbehalte gegenüber der Spange Bättershausen bzw. der Oberlandsstrasse bestehen. Was unternimmt der Stadtrat, um dem entgegenzuwirken?
5. In der Stadt Kreuzlingen sind weitere Verkehrsberuhigungen geplant: die vom Volk genehmigte Romanshornerstrasse, Löwenstrasse sowie die nördliche Hauptstrasse. Inwieweit stehen diese Vorhaben in Zusammenhang mit der auf absehbare Zeit nicht realisierten Südumfahrung unserer Stadt? Was ist das diesbezügliche städtische Verkehrskonzept?
6. Gemäss Planungen des Kantons sind sowohl bei der Spange Bättershausen wie auch bei der Oberlandsstrasse Tunnels vorgesehen zwecks Wildwechsel. Dazu gibt der Kanton der Stadt die Option, die Tunnels auf eigene Kosten zu verlängern und damit die sichtbaren Eingriffe in die Natur zu reduzieren. Beabsichtigt der Stadtrat hier, entsprechende Gelder in die Hand zu nehmen? Und wenn ja, in welcher Grössenordnung und für welche Tunnelabschnitte?
7. Kann der Stadtrat eine Einschätzung abgeben betreffend des Baubeginns der Südumfahrung?

Mit freundlichen Grüssen

Alexander Salzmann, Gemeinderat
Im Namen der Fraktion FDP/EVP



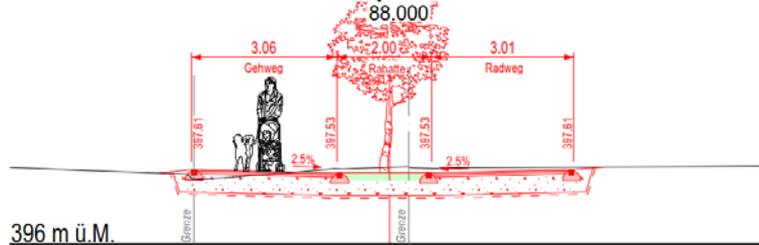
6150.5010.00 (Offen) Radwegführung Promenade



6150.5010.00 (Offen) Radwegführung Promenade



Querprofil 3



Querprofil 11

